

Mittwoch, 28. November 2001

Vormittag

Vorsitz: Standespräsident Rodolfo Plozza
 Protokollführer: Curdin König
 Präsenz: anwesend 118 Mitglieder
 entschuldigt: Nigg, Pleisch
 Sitzungsbeginn: 08.15 Uhr

Dringliche Interpellation Keller betreffend Massnahmen zur Bewahrung der Sicherheit auf der A13 und der Fremdenverkehrswirtschaft im Kanton Graubünden (Wortlautprotokoll Novembersession 2001, S. 351)

Schriftlicher Bericht der Regierung

Es trifft zu, dass der Kanton Graubünden seit der Schliessung des Gotthard-Tunnels und des damit verbundenen Umwegverkehrs über die San Bernardino-Route vor grosse Verkehrsprobleme gestellt ist. Eine vollständige Garantie für die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer auf der Strecke Thusis – Soazza ist tatsächlich nicht möglich. Die mit dem zusätzlichen Verkehrsaufkommen verknüpften Risiken bleiben hoch, obwohl die Regierung mit ihrem bekannten und weit reichenden Massnahmenpaket alles versucht, diese Risiken zum Schutz der Verkehrsteilnehmer und der Bevölkerung zu minimieren.

Auch der Regierung ist es ein besonderes Anliegen, dass trotz der übermässigen Zunahme des Schwerverkehrs die lokale Wirtschaft nicht benachteiligt wird und die Zufahrten zu den touristischen Gebieten offen bleiben. Alle Massnahmen bezüglich Strassenunterhalt und Verkehrsregelung müssen darauf abzielen, sowohl auf der National- als auch auf der Kantonsstrasse nicht zuletzt die Erreichbarkeit der Wirtschafts- und Sportzentren sicherzustellen.

Gerade mit Beginn der Schneefälle hat sich gezeigt, dass es trotz der winterlichen Verhältnisse weitestgehend gelungen ist, mindestens den Personenwagenverkehr immer wieder zu begünstigen und gegebenenfalls auch auf der Kantonsstrasse weiterfahren zu lassen.

Die Regierung ist sich bewusst, dass sämtliche Massnahmen auch hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die Sicherheit im Allgemeinen und für den Privat- und den lokalen Lastwagenverkehr im Besonderen laufend überprüft werden müssen, um nachteilige Folgen zu verhindern. In diesem Zusammenhang wird es für die Regierung auch entscheidend sein, wann und mit welchen Voraussetzungen die Wiedereröffnung des Gotthard-Strassentunnels stattfinden wird.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Regierung hat bei der Beurteilung der Gesamtsituation auch die Gefahren für die Fremdenverkehrswirtschaft der Gebiete entlang der Verkehrsachse A13 sowie der übrigen kantonalen Gebiete in Erwägung gezogen. Alle Massnahmen, die seit der Schliessung des Gotthardtunnels im Zusammenhang mit der Bewältigung des Mehr-

verkehrs auf der San Bernardino-Route getroffen wurden, sind so angelegt, dass sie nicht nur der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer dienen, sondern auch eine möglichst ungehinderte Fahrt des Personenwagen- und öffentlichen Verkehrs sowie der Reiseautos gewährleisten.

Bei allen Varianten, welche die Regierung in Zusammenarbeit mit dem Bund für die alternierende Einbahnregelung des Schwerverkehrs im San Bernardino-Tunnel ausgearbeitet hat, stand die Privilegierung der Personen- und Gesellschaftswagen im Vordergrund. In allen Fällen besteht für diese Verkehrsteilnehmer in ihrem und im Interesse des Fremdenverkehrs die Möglichkeit, ohne zusätzliche Risiken die angehaltenen Lastwagen umfahren und ungehindert die Reiseziele rechtzeitig erreichen zu können.

2. So verständlich der Wunsch der Interpellanten erscheint, die A13 von Thusis bis Soazza mit einem Fahrverbot für Lastwagen zu gewissen Zeiten zu entlasten, so schwierig wird es sein, diese Forderung rechtlich abzustützen und durchzusetzen.

Im Vordergrund stehen die international rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere das Landverkehrsabkommen. So hat der Bundesrat in der Botschaft zur Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EG u.a. präzisiert, dass auf Zwangsmassnahmen, wie z. B. Fahrverbote, zu verzichten sei; dagegen sind nach Meinung des Bundesrates flankierende Massnahmen möglich. Absolute Grenzen aller Massnahmen bilden aber das Diskriminierungsverbot und der Grundsatz der freien Wahl des Verkehrsträgers.

Wenn die Regierung davon ausgehen muss, dass ein Fahrverbot für Lastwagen keine Gültigkeit für den Ziel- und Quellverkehr sowie die Binnentransporte und den gesamten Versorgungsverkehr haben darf (diese einschränkende Zulassungsvorschrift würde nur den Transitverkehr bzw. vornehmlich die ausländischen Transporteure betreffen), stünde dieser Massnahme das Diskriminierungsverbot entgegen.

Abgesehen davon ist vor jeder konkreten Einführung einer Verkehrsbeschränkung zu entscheiden, ob sie auf Grund der öffentlichen Interessen (Verkehrssicherheit, Verkehrsverlagerung, flüssiger Verkehr und Umweltschutz) verhältnismässig und notwendig ist. Angesichts der bereits erwähnten Privilegierung des Personenwagen- und öffentlichen Verkehrs (inkl. Reiseautos) wäre es schwer zu rechtfertigen, weshalb die Sperrung der A13

für Lastwagen nur über die in der Interpellation genannten Zeiten erfolgen soll, zumal erfahrungsgemäss gerade zu diesen Zeiten, insbesondere zur Weihnachts- und Neujahrszeit infolge der Betriebsferien, die Schwerverkehrsfrequenzen sehr stark reduziert sind. Bezüglich Verkehrssicherheit, Umweltschutz und Verkehrsfluss sind die "normalen" Werkstage, vor allem Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, viel problematischer.

Die Regierung ist deshalb der Auffassung, dass es weder rechtlich zulässig noch ausreichend begründbar und dienlich wäre, die in der Interpellation vorgesehenen Zeitfenster mit einem Lastwagenverbot zu belegen. Sollten sich jedoch wider Erwarten für den Ferien- und Wintersportverkehr in den betroffenen Regionen grössere Schwierigkeiten ergeben, wäre die Regierung bereit, die bestehenden Massnahmen, allenfalls durch eine zusätzliche Dosierung des Schwerverkehrs, soweit möglich anzupassen.

2. Die Regierung unterstützt die Forderung, wonach der Gotthard-Tunnel so rasch wie möglich und in jedem Fall gleichzeitig für alle Fahrzeugkategorien wieder zu öffnen ist. Sie hat diese Haltung bereits mehrmals und unmissverständlich gegenüber dem Bundesrat zum Ausdruck gebracht und wird weiterhin alles unternehmen, dass diese Forderung auch eingelöst wird.

Antrag Keller

Diskussion

Abstimmung

Die Diskussion wird mit 90:0 Stimmen beschlossen.

Keller: Die Antworten der Regierung auf die dringliche Interpellation haben mich nur teilweise zufriedengestellt. Lediglich die Erklärung zu Frage 3 ist für mich völlig befriedigend. Dabei nehme ich Kenntnis davon, dass die Regierung sich mit Recht dafür einsetzt, dass die Gotthardstrasse sobald wie möglich wieder eröffnet wird und zwar nicht nur für den Privatverkehr, sondern auch für die Lastwagen. Die Beschwerlichkeit bei der Benutzung der Nationalstrasse A13 hat der Bevölkerung und den lokalen Behörden grosse Sorgen bereitet. Dies vor allem unter Betrachtung von Sicherheitsaspekten, aber auch wegen den wirtschaftlichen Folgen der mühevollen Benutzbarkeit der wichtigsten Verkehrsachsen. Aus dem Gesichtspunkt der Sicherheit fragen sich alle, wie lange noch der in einem solchen Übermass belastende Lastwagenverkehr getragen werden kann. Jeder befürchtet, dass früher oder später die A13 wegen eines Unfalls tagelang, wochenlang oder sogar während Monate für den Verkehr gesperrt wird. Wenn dies tatsächlich geschieht, dann werden die Folgen für unseren Kanton und namentlich für die betroffenen Gebiete bedeutend schlimmer sein als die Folgen, welche die Regionen entlang der Gotthardstrasse zu tragen haben. Dies weil die Gotthardstrasse wenigstens eine wirksame Alternative hat, nämlich die Bahn. Betreffend des Sicherheitsproblems darf man auch nicht vergessen, dass zum Einen die Sperrung der Gotthardstrasse in einer Jahresperiode erfolgt ist, wo der Verkehrsfluss am schwächsten ist und zweitens war die Periode zwischen dem 24. Oktober und dem 27. November 2001 von den Wetterverhältnissen her sehr günstig. Wirtschaftlich betrachtet und insbesondere aus dem Gesichtspunkt des Tourismus, sind die Prognosen für die Wintersaison überhaupt nicht rosig. Es besteht eine grosse Gefahr, dass die Zufahrt zu fast allen Winterorten des Kantons Graubünden über die A13 teilweise oder manchmal ganz verunmöglicht wird. Der Kanton geht das Risiko ein,

dass er während den Weihnachtsferien bei Schneefall ungefähr 3'800 Lastwagen pro Tag den Transit über die A13 verbieten müssen und dass diese Kraftfahrzeuge auf der Nationalstrasse parkiert werden müssen. Dies würde das totale Lahmlegen der Nationalstrasse bedeuten. Die betroffene Bevölkerung ersucht die Regierung, ganz gezielte und einschneidende Massnahmen zu bestimmen. Aus diesem Grund kann ich mich mit der Antwort der Regierung auf die Fragen 1 und 2 meiner dringlichen Interpellation nur teilweise zufrieden erklären. Die Stellungnahme packt die sich aus einer allfälligen Lahmlegung der A13 bis nach Chur ergebenden Probleme für den Fremdenverkehr nicht an. Dementsprechend erkennt die Regierung keine so grossen Gefahren, um die Polizeigeneralklausel in Anspruch zu nehmen und die Verkehrsachse A 13 während der Weihnachtszeiten für den Lastwagenverkehr zu sperren. Auch prüft die Regierung in einem weiteren Schritt nicht, ob eine Kontingentierung der täglich über die A 13 fahrende Lastwagen auf höchstens 1'500 Einheiten zweckmässig wäre. Es gibt Kantone, welche im Rahmen der Verkehrspolitik völlig frei und gemäss ihren Bedürfnissen zu handeln gedenken. So zum Beispiel Uri und Tessin. Unser Kanton Graubünden nimmt dagegen eine weitgehend weniger autonome Einstellung ein welche sich nur in beschränktem Mass von den diesbezüglichen Erwartungen der Eidgenossenschaft distanziert. Ich möchte nicht, dass diese Haltung schliesslich unseren Kanton und dessen Wirtschaft schädigen könnte. Ho grande comprensione per il suo impegno e quello del Governo a favore del nostro Cantone e per la sicurezza di tutti gli utenti della A13. L'appello alle normative internazionali ed in particolare agli accordi bilaterali, del resto non ancora in vigore, ha però un senso solo nella misura in cui tutte le parti interessate sono disposte a garantire la reciproca applicazione delle norme. È pertanto necessario che le Nazioni ai nostri confini siano disposte ad agire con la stessa solerzia e che gli altri Cantoni della Svizzera non vogliano sottrarsi alle proprie responsabilità, lasciando la patata bollente nelle sole mani del Canton Grigioni. La popolazione ha l'impressione che altrove, più che nei Grigioni, i desideri di chi sopporta il traffico di transito siano maggiormente considerati e altri si lascino ispirare anche da motivazioni più legate all'opportunità che alla legalità. È pertanto necessario, se intende mantenere la fiducia dei propri cittadini, che anche il Cantone Grigioni si mostri deciso e non esiti ad adottare le misure più restrittive qualora le circostanze lo esigano. In tal senso pertanto rinnovo il mio invito al Governo alla chiusura parziale per gli autocarri in taluni periodi perché la situazione non è affatto sotto controllo. La caduta di soli 10 cm. di neve sulla rampa nord del San Bernardino ha provocato venerdì scorso 23 ottobre la chiusura totale della strada per taluni tratti e un tempo di percorrenza tra Thusis e Soazza di oltre 5 ore. Vi è motivo di meditare in quanto il giorno faticoso era un venerdì ovvero uno di quelli in cui la situazione, e mi tengo alla risposta del Governo, era abbastanza fluida ed il traffico degli autocarri era ridotto. Ringrazio per la pazienza con la quale sono stato ascoltato e per la comprensione verso le regioni fortemente toccate dal problema ma ritengo che in questo campo vi sia necessità di agire al di là di quello che ci propone il Governo.

Heinz: Ich hätte einfach eine Frage, wenn ich das gerade hier anbringen darf. Als ich letzten Montag wieder über die A 13 nach Chur fuhr, herrschte sehr viel Verkehr. Und mir fällt immer wieder auf, dass sehr viele Lastwagen mit Autos, sogenannte Autotransporte, diese Route benützen. Jetzt hätte

ich eine Frage: Was gilt als leere oder leichte Fahrt? Die können ja für 50 Franken die Schweiz durchqueren. Ich wäre da froh um eine Antwort.

Righetti: La particolare posizione geografica del Moesano fa sì che l'unico collegamento con il resto del Cantone può essere garantito solo attraverso il San Bernardino e durante il periodo invernale solo attraverso la galleria. I Moesani non hanno un'altra alternativa e una chiusura della A 13 comporta di conseguenza un isolamento con il resto del Cantone. Tale fatto porta con sé delle conseguenze economiche che non possono essere sottaciute: una regione che ha delle risorse limitate vedrebbe le poche nostre ditte, che lavorano con il resto del Cantone, avere le loro attività completamente paralizzate. La stessa sorte verrebbe poi vissuta dall'economia turistica: basti pensare alle stazioni lungo l'asse: per esempio San Bernardino e Splügen. La popolazione del Moesano ha sempre tollerato con pazienza il traffico pesante allorché il San Gottardo era inagibile e ciononostante il rifiuto da parte del Governo di migliorare la situazione per quanto attiene le emissioni foniche con la costruzione di ripari appositi (vedi domanda scritta depositata da me nella sessione del mese di giugno) Queste, benché in situazioni quali la presente, i limiti posti dall'ordinanza federale sulle emissioni foniche siano ampiamente superati sia a Mesocco che a Cama e a Leggio. Il pericolo è molto elevato; se il fondo stradale è bagnato o innevato o anche solo parzialmente gelato i rischi legati al traffico pesante aumentano in modo esponenziale. La gente ha paura ad utilizzare la A 13 e chiede a gran voce all'autorità cantonale e a quella federale le misure efficaci di protezione della loro integrità nel senso di garantire la minima sicurezza. Es ist jetzt nötig, für den Privatverkehr sowie für den lokalen Lastwagenverkehr auf der A 13, klare Sicherheitsmassnahmen zu treffen. Dies auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass innert 25 Tagen die Gotthardstrasse und der Gotthardtunnel wieder eröffnet werden, jedoch nur für Autos und Autobusse. Warum kann der Kanton Graubünden nicht endlich reagieren und den San Bernardino für Lastwagen sperren? Wenn dies vom Kanton Tessin entschieden werden kann, dann soll Graubünden das auch tun dürfen.

Zinsli: Ich möchte der Regierung und insbesondere dem Departementchef Stefan Engler ein grosses Kompliment machen, wie er diese ganze Krise bis jetzt gemeistert hat. Es hat mir Freude gemacht, wie er rasch und eben mit guten Massnahmen die Situation in den Griff bekommen hat. Wenn man seinen Bericht von heute liest, nimmt er auch darauf Rücksicht, dass die ganze Problematik in Zusammenhang mit Ferien und Wintersport auf beiden Seiten in diesem Tal eine grosse Bedeutung hat. Die Berichte in den Medien, die meistens von schrecklichen Unfällen berichtet haben, von Staus an der Südrampe, wo es sowieso extrem steil ist und eng, haben natürlich die ganzen Gäste auch verunsichert. Ich habe mit den Leuten dort oben Kontakt und nachgefragt, wie es aussieht? Offenbar gibt es bereits Stornierungen von Arrangements. In welchem Ausmass ist noch nicht ganz klar. Aber es ist ein sensibler Bereich und es wird in Zukunft darum gehen, dass auch Graubünden Ferien mit seinen angeschlossenen Verbänden in diesen Talschaften Massnahmen ergreift und dafür jetzt Geld erhält, um dieses Image etwas zu polieren. Ich bin froh, dass der Regierungsrat in seinem Bericht auch dieses Thema anschneidet. Es geht nicht nur darum, diesen Verkehr in den Griff zu bekommen und diese

schlimmen Unfälle zu verhüten, sondern eben auch um die wirtschaftliche Seite, die damit verbunden ist. Danke für den Bericht und ich bin dafür dankbar, wie bis jetzt gehandelt wurde.

Looser: Ich bin positiv überrascht, dass auch die CVP die Problematik des Schwerverkehrs wenigstens auf der A 13 erkannt hat und nun auch von der Regierung Massnahmen verlangt. Was mich aber stört, ist die Tatsache, dass bei den geforderten Massnahmen nicht die Bevölkerung im Mittelpunkt steht, sondern die Bergbahnen respektive die Einnahmen für den Fremdenverkehr. Pointiert könnte man es auch so formulieren: Gäbe es an der San Bernardino Route keine Bergbahnen und nur Menschen, so hätte die CVP keine dringliche Interpellation eingereicht. Gegen das Einreichen der Interpellation habe ich natürlich nichts, nur wird damit reine Symptom- und keine Ursachenbekämpfung gemacht. Es dürfte sicherlich auch das erste Mal sein, dass Strassensperren als Wirtschaftsförderung verkauft werden. Ein interessanter Ansatz. Bisher wurde ja immer umgekehrt argumentiert. Wenn solche Massnahmen verlangt werden, sollten sie aber nicht nur vorübergehend sein, sondern für immer. Also, auch dann gelten, wenn die Gotthardstrasse wieder befahrbar ist. Die Behauptung in der Interpellation Keller, dass ab 22. Dezember die Gotthardstrasse nur für Autos offen sein wird, entspricht nicht der Realität. Dies verlangt lediglich die Tessiner Regierung. Vom Bundesrat wird es aber abgelehnt. Es wäre natürlich schön, wenn die A 13 für den Schwerverkehr gesperrt werden könnte. Fragt sich nur, ob Strassen, die vom Bund als Durchgangsstrassen bezeichnet werden, für den Schwerverkehr aus diesen Gründen gesperrt werden können. Ich möchte die CVP an dieser Stelle ermuntern, sich für eine ganzheitliche Verkehrspolitik einzusetzen. Das würde zum Beispiel bedeuten, dass sie sich für die Beibehaltung des Alpenschutzartikels einsetzt und nicht tatkräftig mithilft, ihn abzuschaffen. Das würde weiter bedeuten, dass sie sich vermehrt für den öffentlichen Verkehr einsetzt und weniger für neue, breitere und schnellere Strassen. Denn weniger gut ausgebaute Strassen sind natürliche Barrieren gegen unerwünschten Schwerverkehr. Nur mit solchen Massnahmen können wir eine vernünftige und ganzheitliche Verkehrspolitik betreiben. In diesem Sinne bin ich mit der Antwort der Regierung auch zufrieden, denn mehr als das, was sie gesagt hat, kann auch nicht gemacht werden.

Jeker: Ich habe eine Frage an Grossrat Looser. Der Grossteil der Einwohner in den Talschaften an der A 13 lebt vom Tourismus. Sind Tätige im Tourismus und die Gäste nicht auch Menschen?

Schmid: Seit der Schliessung des Gotthardtunnels hat sich der Verkehr auf der A 13 teilweise vervielfacht. Das ist für die Verkehrsteilnehmer und Anwohner gravierend. Wir haben bisher eigentlich nur von den Anwohnern, durch Grossrat Righetti und dann Grossrat Zinsli hat darauf hingewiesen, in der Mesolcina gehört. Wir haben aber auch im Rheinwald ein sehr gravierendes Problem. Es geht nicht nur um Fragen der Sicherheit und um Unfälle, sondern es geht auch um die Lärmzunahmen und die Umweltbelastungen für die Dörfer an der A 13. Und wer das Rheinwald kennt, weiss dass die Nationalstrasse sehr nahe an diesen Dörfern vorbeiführt. Wir haben auch schon von Grossrat Zinsli gehört, dass wir Einbussen im Tourismus zu verzeichnen haben. Und das ist effektiv so. Wir mussten leider im Tourismus, und hier besteht eben eine Gradwanderung, wie wir das kommunizieren sol-

len, die ersten Einbussen entgegennehmen. Die Verkehrssituation hat auch zu einer erhöhten Belastung der Polizei geführt. An dieser Stelle möchte ich auch, nebst Regierungsrat Engler, der sehr rasch und gut gehandelt hat, natürlich auch einmal der Polizei danken, dass sie durch eine verstärkte Präsenz diesem Problem zu Hande kommen will. Leider sind keine weiteren positiven Aspekte seit der Schliessung des Gotthardtunnels eingetreten, ausser dass die Regierung praktisch sämtliche Massnahmen ergriffen hat, die eben rechtlich möglich sind. Die Alternative der alternierenden Einbahnregelung im San Bernardino Tunnel hat sich sehr bewährt, wenn wir auch leider jetzt mit der Tatsache im Rheinwald konfrontiert sind, dass die Stautückstände bis zu den Einfahrten nach Splügen gehen und diese blockieren. Der Personenverkehr kann so nicht mehr ungehindert in das Dorf einfahren. Sie sehen, auch diese Massnahmen haben zu grossen Auswirkungen im Rheinwald geführt. Zudem bin ich als Anwohner, der praktisch täglich auf der A 13 unterwegs ist, sehr froh um die Abstandregelung. Jetzt ist es eben auch möglich, mit einem Personenwagen wieder einmal einen Lastwagen zu überholen und ungehindert einzubiegen. Das war vorher überhaupt nicht mehr möglich. Was wir als Anwohner vermissen ist, dass die Regierung und der Bund bisher keine verkehrslenkenden Massnahmen einführen konnten, die eben auch zu einer Entlastung der San Bernardino Route vom Schwerverkehr geführt hätte. Das Dosieren des Schwerverkehrs, auch wie jetzt in der Antwort 2, erscheint uns als zu wenig griffig. Die Schwierigkeiten sind im Bereich der Wintersportorte San Bernardino und Splügen gross. Das muss einfach zur Kenntnis genommen werden. Wir würden der Regierung vorschlagen zu prüfen, ob nicht ein Obligatorium für Winterausrüstung für Lastwagen denkbar wäre und dass am San Bernardino Schneeketten und Winterbereifung vorhanden sein müssen. Zudem müsste meiner Meinung nach die Regierung beim Bund intervenieren, dass sämtliche Lastwagen, die den Zoll überqueren, polizeilich kontrolliert werden müssen. Das würde bedeuten, dass am Zollübergang in Basel und Chiasso sämtliche Lastwagen ihre Tachoscheiben abgeben müssten. Dann hätten wir auch nicht die Bilder und die Meldungen in der Zeitung, dass Lastwagenchauffeure über 17 Stunden an Steuer gesessen sind. Solche Massnahmen könnten auch auf den Verkehr abschreckend wirken. Zudem bin ich froh um die Antwort zu Frage 3 bezüglich des Gotthardtunnels. Grossrat Righetti hat darauf hingewiesen. Es kann nicht sein, dass der Kanton Tessin den Gotthardtunnel für den PW-Verkehr öffnet, nicht aber für den Schwerverkehr. Vielleicht wäre dort auch zu prüfen, ob nicht eine zeitliche Beschränkung, eine zeitliche Öffnung zumindest im Zeitpunkt der Renovationsarbeiten noch gemacht werden könnte. Wir unterstützen die Regierung oder fordern die Regierung auf, auch diesem Punkt besondere Beachtung zu schenken. Wir möchten unseren Unmut, auch wenn die Rheinwaldner eigentlich nicht eine Volksgruppe sind, die ihren Unmut offen kundtun, an dieser Stelle einmal kundtun. Wir sind jetzt mit einer untragbaren Situation konfrontiert und sind der Regierung um jede Unterstützung dankbar, die sie in diesem Bereich noch zusätzlich unternimmt.

Suenderhauf: Die Wortmeldung von Grossrat Looser gehört sicher zu den Top Ten der dummen Äusserungen in diesem Rat. Glücklicherweise ist die SP die einzige Partei, welche an die Menschen denkt. Ich glaube, Grossrat Jeker hat das bereits ausgeführt. Sehr viele Menschen sind von dieser Not-situation entlang der San Bernardino Strecke betroffen. Die

Verkehrssicherheit ist bedroht, Menschen sind bereits gestorben und ich glaube, dass die Lage am San Bernardino alles andere als geeignet ist, um hier Parteipolitik zu betreiben.

Noi: Se non ho avuto la possibilità di sottoscriverla, questa interpellanza e gli intenti che persegue corrispondono anche a un mio preciso bisogno, quello cioè di chiedere al Governo di intervenire in modo deciso presso la Confederazione per alleviare il disagio della popolazione che vive lungo asse della Nazionale n. 13 e che si vede, dopo la tragedia del San Gottardo, confrontata con una situazione che si può definire tranquillamente disastrosa. La massiccia invasione degli autocarri mette a repentaglio la vita di chi transita sulla numero 13. Di questo stato di cose sono fra l'altro testimone (vivo anch'io a rischio) ogni settimana, durante il mio rientro da Coira in Mesolcina. Non voglio ripetere in questa sede ciò che hanno già detto i miei colleghi e le mie colleghe, e che d'altra parte tutti sanno, ma chiedo fermamente che non si lasci niente di intentato per ristabilire perlomeno, appena possibile, la situazione esistente prima della tragedia del Gottardo. Chiedo anche che si informi la popolazione sullo stato dell'aria che deve, che lo voglia o che non lo voglia, respirare.

Peretti: Di fronte a tale problema non si può rimanere indifferenti per cui auspico anche da parte mia che il San Bernardino ridiventi una strada sicura. Non bastano gli interventi da parte della Polizia per snellire il traffico e per gestirlo in modo ottimale ma bisogna anche rilevare che i rappresentanti del Forum N13 a suo tempo avevano pronosticato di fare allestire una perizia da parte degli enti competenti a livello federale per verificare se la strada del San Bernardino aveva le dimensioni per contenere tale traffico ed in modo particolare per le 40 tonnellate. Questa perizia, a quanto mi sembra, non è stata ancora verificata per cui io domando oggi al lodevole Governo di insistere, come ha già fatto nel passato, affinché la strada del San Bernardino ridiventi una strada sicura. Le dimensioni della strada A 13 del San Bernardino non può in questo momento contenere tale traffico e anche nel periodo invernale sicuramente avverranno degli incidenti per cui l'automobilista che oggi si immette sulla N13, con tutto questo traffico non è più sicuro di arrivare a destinazione; pertanto auspico che il nostro Governo faccia di tutto per cercare di dare una sicurezza ai nostri cittadini, ai nostri automobilisti che transitano ogni giorno sulla A 13.

Trepp: Ich habe eine Frage an die Regierung. Vor etwa 2 Jahren habe ich einmal eine schriftliche Anfrage bezüglich Schild 247 eingereicht. Die Abstandsvorschriften für Lastwagen zur Erhöhung der Sicherheit. Damals war die Antwort der Regierung eigentlich sehr negativ. Meine Frage lautet daher: Was hat den Umschwung herbeigebracht und wie sind eigentlich die ersten Erfahrungen diesbezüglich?

Pfenninger: Die konkreten Probleme und Voraussetzungen an unserer Bergstrecke der A 13 sind tatsächlich sehr speziell und nicht vergleichbar mit der Gotthard Route. Das kennen wir alle. Die Behinderungen und Emissionen sind enorm. Das kann ich auch als Direktbetroffener aus dem Domleschg nur bestätigen. Mir sind selbstverständlich alle Bestrebungen und Massnahmen recht, die zur Reduktion des Schwerverkehrs führen und ich denke, die Regierung hat hier sehr gut und schnell reagiert und das Mögliche gemacht. Was nicht heisst, dass man nicht auch mehr machen kann. Nun, über

den Moment hinaus müssen wir uns natürlich schon auch ein bisschen überlegen, was denn eine kohärente Verkehrspolitik ist. Es ist natürlich nicht damit getan, dass wir irgendwann diesen Schwerverkehr wieder mindestens teilweise einfach los werden. Wir können die Probleme nicht einfach den Urnern zuschieben. Kohärente Verkehrspolitik bedeutet für mich, dass eben auch die ganze Verkehrsverlagerungsgeschichte verstärkt weiter zu verfolgen ist. Das ist ein Problem, das wir nicht hier in Graubünden lösen können. Das können wir auch nicht in der Schweiz alleine lösen. Das ist dann eine Geschichte, die schlussendlich auch europaweit zur Diskussion gestellt werden muss. Wir sollten jetzt hier nicht nur auf Symptombekämpfung machen, sondern wir haben auch die Chance, auf Grund dieser Erfahrung auch einen Lernprozess zu machen. Vielleicht noch zwei Reaktionen auf gefallene Voten. Die Frage von Grossrat Jeker war eine geschlossene Frage. Also gibt es eigentlich auch keine Antwort. Und zu Herrn Suenderhauf möchte ich einfach sagen, er sollte vielleicht wieder einmal die Geschäftsordnung, Artikel 29, anschauen.

Koch: Kurz zur Sache. Es geht ja hier um die Sache und nicht um Randbedingungen. Zwei Fragen, die ich beantwortet haben möchte. Ich habe ja gestern schon in diese Richtung gefragt. 1. Hält der Boden des San Bernardino-Tunnels das aus? 2. Was unternimmt man jetzt? Man hat bisher sehr grosse Anstrengungen unternommen und ein grosses Lob ist auszusprechen. Wenn Sie aber auf der Südseite herunterkommen und dann eben mit 30 Stundenkilometern hintereinander Stossstange an Stossstange herunterfahren, so ist das zu beheben. Denn das ist ein Riesenproblem und sehr gefährlich.

Regierungsrat Engler: Grossrat Keller, welcher die dringliche Interpellation eingereicht hat, rügt, die Regierung würde nicht alles unternehmen, um dem Übel auf der San Bernardino Route beizukommen. Ich möchte dem ganz entschieden entgegenreten und kann Sie versichern, dass wir uns der problematischen Situation sowohl bezüglich Sicherheit, Umweltbelastung, volkswirtschaftlichen Einschränkungen, Einschränkung der innerbündnerischen Mobilität und auch bezüglich der Einschränkung des innerbündnerischen Versorgungsauftrages durchaus bewusst sind und alles rechtlich mögliche und praktisch umsetzbare veranlassen haben und auch in Zukunft so tun werden. Wir sind uns bewusst, dass die ersten Massnahmen, die in einer Notsituation getroffen wurden, keine Punktlandung darstellen konnten und sie eine Annäherung an die bestmögliche Lösung waren. Wir haben von Tag zu Tag, von Woche zu Woche die Massnahmen optimiert. Wir haben die Vertreter des Forum A 13, sowohl auf der Südseite wie auf der Nordseite, in die interdepartementale Arbeitsgruppe miteinbezogen, um die vorgesehenen Massnahmen aufeinander abzustimmen. Es ist auch nicht so, dass wir uns diese Situation, wie sie nach dem 24. Oktober eingetreten ist, gewünscht haben. Wir stellten am 25. Oktober fest, nach der Schliessung des Gotthardstrassentunnels, dass plötzlich statt 600 Lastwagen am Tag 3'500–4'000 Lastwagen auf der San Bernardino Route verkehrten. Wir wussten, dass die San Bernardino Route alles andere als geeignet und tauglich ist, diesen Schwerverkehr aufzunehmen. Die frühere Regierung hat wiederholt gegenüber dem Bund geltend gemacht, dass die San Bernardino-Bergstrecke nicht dafür geeignet ist, den Schwerverkehr in dieser Dichte aufzunehmen. Die Bergstrecke San Bernardino von Thusis nach Soazza misst rund 60 Kilometer und auf diesen 60 Kilome-

tern haben wir gerade 2 Prozent Streckenanteile, die richtungsgetreut mit 4 Spuren versehen sind. Es gibt wenige Abschnitte mit 3 Spuren, abwechselnd auf der Süd- oder auf der Nordseite. Beim überwiegend grossen Teil handelt es sich um eine zweispurige Strecke mit Gegenverkehr. Wir haben steile Zufahrtsrampen mit Steigungsprozenten bis zu 8 Prozent, sehr viel enge Kurven und auf diesen 60 Kilometern insgesamt 15 Kilometer Tunnelstrecke. Wir sprechen immer nur über den San Bernardino Tunnel mit 6,6 Kilometer Länge, der längste und auch der gefährlichste Tunnel auf dieser Strecke. Daneben sind verschiedene kleinere Tunnel wie Is-la Bella, Crap Teig und andere, die von der Gefahr und den Risiken her durchaus vergleichbar sind mit dem San Bernardino Tunnel. Alles in allem wissen wir, dass die San Bernardino Strecke äusserst ungeeignet ist, diesen Schwerverkehr zu übernehmen. Wir wurden vor die Situation gestellt, dass von einer Stunde auf die andere der Gotthardtunnel als Haupttransitachse für den Schwerverkehr geschlossen wurde und dass der Verkehr somit Ausweichrouten suchte. Wir haben festgestellt, dass 3'500 von 5'000 Fahrzeugen, die normalerweise durch den Gotthardtunnel fahren, den San Bernardino als den kürzesten und bequemsten Weg gefunden haben. Verkehrslenkungsmassnahmen nach dem Zoll mit der Absicht, die Verkehrsströme aufzuteilen, waren gut gemeint, haben aber nicht den vom Bund erwünschten Erfolg gebracht. Wir stellten in den vergangenen Wochen und Tagen fest, dass sich die Verkehrsmenge auf rund 3'500 eingependelt hat. Seit letzten Freitag haben wir allerdings festgestellt, dass die Verkehrsmenge wegen der winterlichen Strassenverhältnissen abnimmt. Wegen der winterlichen Wetterprognosen ist die Verkehrsmenge von rund 3'500 auf knapp unter 3'000 gesunken. Und wir gehen davon aus, dass sich dieser Rückgang bei anhaltend winterlicher Witterung noch deutlich verstärken wird. Was haben wir gemacht? In dieser Notsituation haben wir in erster Linie an die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer auf dieser Strasse gedacht. Mit drei Massnahmen, dem alternierenden Einbahnverkehr des Schwerverkehrs im San Bernardino Tunnel, dem Überholverbot auf den Zufahrtsrampen sowie mit der 150 Meter Abstandsregelung von Lastwagen zu Lastwagen haben wir erreicht, dass die Sicherheit auf dieser Strecke deutlich erhöht werden konnte. Wir haben daneben auf der politischen Ebene von Bern gefordert, dass die Menge des Schwerverkehrs bereits vor der Grenze limitiert wird. Wenn von Kontingentierung die Rede ist, dann meint man eine mengenmässige Limitierung. Der Bund stellt sich auf den Standpunkt, dass die internationalen Abkommen zwischen der Schweiz und den EU-Länder im Transitvertrag, im Landverkehrsabkommen, eine Diskriminierung zwischen inländischem und ausländischem Verkehr nicht zuliesse und dass der Vollzug einer solchen Limitierung vor der Grenze äusserst schwierig sei, wenn man entscheiden müsste, welche Fahrzeuge die Grenze passieren dürften und welche nicht. Das sind die Hauptgründe, die der Bund dafür geltend macht, nicht bereits vor der Grenze solche limitierende Massnahmen verbindlich anzuordnen. Es folgten Empfehlungen auch über die Transportverbände ins Ausland, die San Bernardino Route bzw. die Schweiz zu umfahren, mindestens solange der Gotthardtunnel geschlossen bleibt. Diese Appelle haben ein gewisses Gehör gefunden. Man kann dies daran erkennen, dass der Verkehr auf den Umfahrungsachsen rund um unser Land herum in den letzten Tagen und Wochen zugenommen hat. Eine weitere Massnahme, die wir vom Bund verlangen ist, eine Verkehrslenkung mit verbindlichem Charakter einzuführen. Der im Land einströmende Schwerverkehr könnte

damit verbindlich auf die bestehenden Achsen verteilt werden. Das bedeutet, je nach Aufnahmefähigkeit der fünf Alpenübergänge, dass die Camioneure verbindlich angewiesen werden können, den einen oder den anderen Übergang zu wählen. Diese Massnahme hat der Bund noch nicht getroffen. Wir haben das wiederholt verlangt. In der Zwischenzeit sieht der Bund, nämlich mit verbindlichen Anordnungen die Verteilung der Verkehrsströme zu erreichen, dies als eine geeignete Massnahme, sollten sich die Verkehrsströme nicht freiwillig verteilen. Das wäre eine Massnahme, die der Bund in den nächsten Tagen und Wochen umsetzen müsste. Wir haben vom Bund ferner verlangt, dass er nicht zulassen darf, dass der Gotthardtunnel nur für den Personenwagenverkehr und vielleicht noch für die Autobusse geöffnet wird, nicht aber für den Schwerverkehr. Dass die Tessinerbehörden das anders sehen, ist bekannt. Wir wissen, dass der Bund auf unserer Seite ist und es nicht zulassen wird, dass der Gotthardstrassentunnel nur für einzelne Kategorien von Fahrzeugen geöffnet wird. Die Signale im Übrigen, dass der Gotthardstrassentunnel wirklich an Weihnachten für alle Fahrzeugkategorien geöffnet werden kann, vielleicht auch mit gewissen Dosierungsmassnahmen, sind positiv. Es kann also sein, dass tatsächlich an Weihnachten die Situation sich verbessern wird. Ich bin auch froh um die Vorstösse im Bundesparlament. Nun zu der verlangten Sperrung. An gewissen Tagen sollen wir die San Bernardino Route sperren. Ich denke, wir müssen zwischen ihrer Position als Parlamentarier und unserer Position als Regierung unterscheiden. Sie fordern und sie haben das Recht dazu. Als Regierung, als Exekutive, müssen wir das wünschbare vom rechtlich machbaren und praktisch umsetzbaren trennen. Ich bin überzeugt, dass wir alles bislang unternommen haben, was rechtlich zulässig ist und praktisch umsetzbar ist. Zur rechtlichen Situation. Das Strassenverkehrsgesetz gibt dem Kanton nicht die Kompetenz, eine Nationalstrasse, so weit nicht Sicherheitsgründe dies erfordern, zu sperren. Artikel 3, Absatz 6 des Strassenverkehrsgesetzes gibt den Kantonen nur in Fällen, wo unmittelbar die Sicherheit auf dem Spiel steht, diese Kompetenz. Also wenn die Witterungsverhältnisse es erfordern, wie am letzten Freitag, können wir polizeilich die A13 befristet sperren. Das haben wir am Freitag auch gemacht. Und das würden wir in einer ähnlichen Situation mit winterlichen Strassenverhältnissen wieder tun, um dem Sicherheitsgebot bestmöglichst nachzukommen. Aus volkswirtschaftlichen Gründen die San Bernardino Route zu sperren dürfte rechtlich, wegen Artikel 3 Absatz 6 des Strassenverkehrsgesetzes nicht möglich sein. Zumal das UVEK, also das Departement von Bundespräsident Leuenberger, auch noch die Zustimmung dazu geben müsste. Wir haben vor, in den nächsten Tagen und Wochen die Situation noch weiter zu verbessern. Wir werden mit dem Wintereinbruch den Schwerverkehr weiträumiger als heute zurückstauen. Heute wird der Schwerverkehr unmittelbar vor den Portalen am San Bernardino zurückgehalten mit der Absicht, den Personenwagenverkehr dadurch nicht unnötig zu behindern. Weil aber bei einem Wintereinbruch die Kantonsstrasse zwischen Malabarba und San Bernardino für den Personenverkehr nicht mehr benutzt werden kann, werden wir gezwungen sein, den Schwerverkehr bereits in der Ebene anzuhalten, ich spreche von der Südseite, d.h. vor Mesocco. Im Zweistundentakt wird dann der Schwerverkehr auf die San Bernardinostrecke gelassen. Man wird dann grössere Fenster erhalten und hat trotzdem die Garantie, dass sich die Kolonnen nicht im San Bernardinotunnel treffen. So wird dem Gebot, nämlich den Schwerverkehr durch den San Bernardinotunnel nur einspu-

einspurig und alternierend zu führen, Rechnung getragen. Das werden die nächsten Massnahmen sein. Wir werden uns auch polizeilich verstärken. Ab nächster Woche werden Urner Polizisten auf unserer Nationalstrasse verkehren sowie Polizisten aus dem ostschweizer Konkordat. Die heutige Beaufsichtigung und Überwachung sowie die Interventionen auf der A13 sind sehr personalintensiv. Es sind rund 70 Personen, die nur auf der A13 im Einsatz sind. Und es ist tatsächlich so, dass unsere Polizisten und die Mitarbeiter des Tiefbauamts an die Grenzen ihrer Belastbarkeit angelangt sind und wir hier dringend eine Entlastung brauchen. Es wurde verschiedentlich gesagt, die geleistete Arbeit der Polizisten und der Mitarbeiter des Tiefbauamtes, aber auch der Rettungsdienste, der Feuerwehr und der Sanität verdient unsere hohe Anerkennung und auch unseren Dank. Es wurde gesagt, dass sich auch die Bevölkerung entlang der A13 solidarisch gezeigt hat. Sowohl im Rheinwald wie im Domleschg als auch auf der Südseite in der Mesolcina. Sie sind die Direktbetroffenen. Sie sind vom Lärm betroffen und ihre Mobilität ist eingeschränkt. Ich bin der Bevölkerung dankbar dafür, dass sie viel Verständnis für diese Notsituation aufgebracht hat. Natürlich verlangt sie mit Recht alles zu tun, und dafür sind wir schliesslich auch da, um diese Situation so schnell wie möglich zu verbessern. Dies einige Ausführungen dazu, was die Regierung getan hat und was sie noch gedenkt zu tun. Nun zu den Fragen, die ganz konkret von Grossrat Koch aufgeworfen wurden. Wir werden nächstes Jahr gegen Herbst mit den umfangreichen Sanierungsmassnahmen im San Bernardinotunnel beginnen. Die Arbeiten werden jetzt aber verzögert. Grossrat Heinz fragt, ab wann eine Leerfahrt angenommen wird. Ich denke, die Frage geht in die Richtung, ab wann bezahlt jemand die Transitabgabe und bis zu welchen Gewichten können diese Fahrzeuge hier mit einer 50 Franken Pauschale verkehren. Das Problem ist ja nicht ein bündnerisches Problem. Es ist nicht der Kanton Graubünden, welcher die Abgabe geltend macht. Es ist eine Frage des Bundesrechts und eine Frage der europäischen Abkommen zwischen dem Bund und unseren Nachbarländern. Ich habe auch gehört, dass die mit PWs beladenen LKWs, und von denen sieht man ja sehr viele - es werden da Mercedes und VWs von Norden nach Süden transportiert und dann Fiats von Süden nach Norden - dass diese gar keine Transitabgabe bezahlen würden, weil sie die Minimalgewichte von 28 Tonnen gar nicht erreichen. Ich kann das nicht verifizieren. Wenn dem so wäre, meine ich auch, dass hier eine Kategorie durch die Maschen durchgeschlüpft ist, die es an und für sich nicht verdient und dies ausnützt. Dies zum dringlichen Vorstoss von Grossrat Keller, welcher sich nur mit der dritten Antwort befriedigt erklären kann und bei den anderen Antworten erklärt hat, dass er mehr von der Bündner Regierung erwartet. Ich habe Ihnen versucht zu zeigen, was rechtlich möglich, was praktisch umsetzbar ist, und dass das nicht immer kongruent ist mit dem, was wir wünschen.

2. WEF-Bericht der Regierung und Teilrevision der grossrätlichen Verordnung über die Kantonspolizei (Bot-schaftenheft Nr. 6/2001-2002, S. 283)

Eintretensdebatte (Fortsetzung)

Jeker: Die Jahrestagung des WEF findet erstmals überhaupt seit seiner Gründung nicht in Davos statt. Ich zitiere einige Ausführungen von Professor Schwab anlässlich der Medien-

orientierung vom 20. November 01 in Genf. Seiner Darstellung nach waren für die Entscheidung, den Schritt über den Atlantik zu wagen, nicht so sehr die innerschweizerischen Diskussionen um die Sicherheit rund um die Davoserveranstaltung und deren Finanzierung ausschlaggebend. Viel mehr habe sich beim WEF sehr rasch das Verständnis ausgebreitet, dass die Welt seit dem 11. September eine andere sei und dass das WEF auf die Veränderungen in passender Weise zu reagieren habe. Mit einer Verlegung des Treffens nach New York könne man ein klares und symbolhaftes Zeichen setzen. Der WEF-Präsident, wir wissen es, Herr Professor Schwab, ist natürlich sehr diplomatisch. Er versicherte aber auch, dass seine Organisation alles daran setze um 1. den Geist von Davos nach New York zu bringen und um 2. auch der Schweiz Gelegenheit zu bieten, sich dort gebührend einzubringen und zu profilieren. So wurde beispielsweise Bundesrat Villiger eingeladen, als nächstjähriger Bundespräsident, an der Eröffnungszereemonie in New York zu sprechen. So weit so gut. Die Zeichen für eine Rückkehr stehen aber nicht so eindeutig. Um so wichtiger ist es für uns, dass wir die Chance zu Veränderungen packen. WEF, für mich drei Buchstaben. WEF, das heisst Welt Event für Davos, Graubünden und die Schweiz. Andere Regionen im Alpenraum würden sich ‚von‘ schreiben, hätten sie einen Kongress wie das WEF. Was ist nun die Alternative zum bisherigen WEF in Davos? Meiner Meinung nach schlicht und einfach, und da glaube ich auch, dass sie gleicher Meinung sind, das WEF und der Spirit of Davos. Ohne offensives Handeln und ohne gegenseitiges Vertrauen fallen die grossen Herausforderungen aber ins Leere. Es gibt nun einmal nichts für nichts. Jetzt, da die Welt den Geist von Davos mehr denn je braucht, würden wir hoffentlich einmal zusammenstehen. Fast alle wollen ja öffnen und nicht schliessen. Allerdings missbrauchen lassen wir uns nicht. Deshalb befürworte ich die Idee des Spirit of Davos. Demos von Chaoten gehören jedoch nicht in unsere Alpen. Die Vorberatungskommission hatte Gelegenheit, Videos von den WEF Krawallen 01 in Zürich zu sehen. Genau das gibt einem wirklich zu denken, wenn man das sieht. Und ich sage es einmal auf Walserdeutsch: „Das löscht unsch ab“. Genau gleich war das Verhalten der Chaoten in Landquart, im Bahnhofareal und auf der Autobahn. Wollen die bekannten Kreise dennoch demonstrieren, haben auch diese das ihre beizutragen und dafür zu sorgen, dass sich alle an die Spielregeln des Dialoges und des Zusammenlebens halten. Ich habe also rein gar nichts gegen friedliche Demonstrationen, also Gruppierungen, die sich an die Spielregeln halten. So wie jeder Bürger von uns auch. Dass wir Bündner es ernst meinen mit der Politik des Dialoges, beweist doch die heutige Vorlage der Vorberatungskommission ihres Rates. Die Sicherheit ist und bleibt ein zentrales Thema. Ich unterstütze voll und ganz die gestrigen Ausführungen von Grossrat Augustin. Zum Termin des WEF. Ich unterstütze auch die Bemühungen um flexiblere Termine, z.B. in späteren Jahren von Montag bis Freitag. Die Hauptgründe sind bekannt. Ich danke bei dieser Gelegenheit allen Verantwortlichen für die sehr besonnen angegangenen Bemühungen, damit das WEF 2003 und folgende wieder stattfinden kann. Ob das WEF bereits wieder 2003 in Davos zurückkehren kann, hängt aber sicher massgeblich vom Verhalten der Behörden aller Ebenen ab. Davos ist ein Aushängeschild für die Schweiz. 95 Prozent der Teilnehmer stammen aus dem Ausland. Graubünden und die Schweiz haben bisher die Gastgeberrolle in hervorragender Form verstanden. Wann kommen die Gäste jeweils wieder? Wenn sie willkommen sind und wenn sie sich sicher fühlen. Tun wir

also das erdenklich Mögliche und dokumentieren unsere Haltung mit einem einstimmigen Beschluss unseres Rates, damit das Retourbillet des WEF eingelöst wird.

Hanimann: Globale Entwicklungen und Probleme mit ihren weltweitehenden Folgen wurden immer wieder, und das schon seit rund 30 Jahren, anlässlich der Jahrestreffen des World Economic Forums in Davos thematisiert. Dabei wandelte sich das ursprünglich als Managementsymposium organisierte Treffen in eine Plattform für den internationalen Dialog zwischen den mächtigsten Wirtschaftsführern und Politikern dieser Welt. Mit all seinen Konsequenzen. Seit rund zwei Jahren nun formiert sich eine Gegenbewegung im Umfeld von Globalisierungsgegnern. In deren Schatten agieren zunehmend auch gewaltbereite Gruppierungen. Dies führte zu den bekannten Demonstrationen und Situationen anlässlich des letzten Annual-Meetings Ende Januar dieses Jahres. Diese Ereignisse und die tragischen Vorkommnisse in diesem Herbst liessen für die Behörden die Sicherheitsfrage für die Organisation künftiger Meetings zentral werden. Denn nur mit den nötigen Massnahmen können der Kanton Graubünden und die Landschaft Davos die Gastgeberrolle weiterhin wahrnehmen. Mitten in diese komplexe Diskussion, in der, höflich gesagt, die föderalistischen Strukturen unseres Staates nicht immer von Vorteil waren, kam die Nachricht von der Verlegung des Treffens nach New York. Damit waren die Fragen nach der Organisation für 2002 plötzlich geklärt. Nur für 2002? Oder für immer? Ich hoffe nicht. Doch wir haben einige Hausaufgaben zu machen. Wir müssen alles daran setzen, dass in Zukunft wieder in Davos das WEF seine jährlichen Meetings abhalten kann. Nicht nur, weil die lokalen und regionalen Wertschöpfungen dieses Anlasses im Vordergrund stehen, sondern weil der in Davos durchgeführte Anlass eine grosse Chance für die Verständigung und den Dialog ist in einer Zeit, wo wir zwar weltweit wirtschaftlich zusammenrücken, sozial aber immer weiter auseinander driften. Und dazu können wir eine Plattform mit idealen Bedingungen bieten. Wie es vor Jahren gelang, den Kreis der eingeladenen Wirtschaftsfachleute mit Politikern zu erweitern, und sich das WEF somit von einer privaten Veranstaltung zu einer solchen mit öffentlichem Interesse wandelte, muss es in Zukunft gelingen, globalisierungs- und gesellschaftskritische Kreise in der Diskussion im Umfeld des WEF gewaltfrei zuzulassen. Allerdings kann dies weder unter unverhältnismässigen Bunkerszenarien noch auf dem Buckel der direkt oder indirekt betroffenen Bevölkerung abgewickelt werden. Denn auch die einheimische Bevölkerung hat, genau wie dies die Teilnehmer von Demonstrationen immer wieder für sich proklamieren, ein Grundrecht auf Sicherheit und Umwahrung von Eigentum. Wir sind uns bewusst, dass die Durchführung eines Anlasses wie das Jahrestreffen des WEF uns verpflichtet, internationale Sicherheitsstandards zwingend einzuhalten. Wir müssen aber besser informiert werden. Deshalb müssen Kommunikation und Information über den Anlass vermehrt als zentrales Element für die Akzeptanz eingesetzt werden. Denn neben dem Thema Sicherheit ist meines Erachtens die Kommunikation der zweite Schlüssel für eine nachhaltige Sicherung der Durchführung des WEF in Davos. Damit meine ich nicht nur den internen Dialog zwischen WEF Teilnehmern und NGO's. Genau so gilt es zwischen den Veranstalter und der Bevölkerung vor Ort, zwischen Bund und Kanton, aber auch zwischen dem WEF und seinen Kritikern und den Basisbewegungen, die Kommunikation intensiv und vermehrt aufzunehmen und zu pflegen. Damit kann ein Klima für Dialog und Diskussion ge-

schaffen werden, was von entscheidender Bedeutung für den Abbau der bisherigen polarisierten und gespannten Situation auf allen Ebenen ist. Durch den neuen Tagungsort New York im nächsten Jahr haben wir eine Chance erhalten, als Gastgeber Rahmenbedingungen zu schaffen, die es allen Beteiligten erlaubt, konstruktiv und kritisch, aber friedlich und gewaltfrei zu begegnen und zu äussern und damit dem ursprünglichen Ruf eines Spirit of Davos gerecht zu werden. Übernehmen wir diese Verantwortung und packen diese Chance. Ich bin für Eintreten und Kenntnisnahme des Berichts.

Tuor: Das WEF hat eine ganz besondere Stärke. Es ist eine internationale Veranstaltung, aber keine internationale Organisation. Das WEF trifft keine Entscheide. Es hat keine Entscheide zu treffen. An dieser Veranstaltung werden aber Kontakte gepflegt und es wird ein Dialog geführt zwischen Politik, Wirtschaft und anderen Interessengruppen. Das WEF ist auch deshalb einzigartig, weil sich die Präsenz der Politik und der zivilen Gesellschaft auf höchstem Niveau bewegt. Es werden am WEF vielfach auch Themen aufgegriffen und diskutiert, lange bevor sich die Medien damit beschäftigt haben. Das WEF bietet unserem Kanton eine ausgezeichnete Plattform, sich zu profilieren, Brücken zu bauen und neue Perspektiven zu eröffnen. Das WEF befruchtet den Tourismus in und um Davos direkt und hat darüber hinaus wesentlich dazu beigetragen, dem Kanton Graubünden ein ausgezeichnetes Image zu verschaffen. Und darum wollen wir es wieder im Jahre 2003 von New York zurückhaben. Es gibt aber auch viele und gute Gründe, die stattfindende Globalisierung anzuzweifeln, zu kritisieren oder gar zu bekämpfen. Ich habe für diese Einstellung volles Verständnis. Es gibt für mich jedoch noch eine Überlegung, die mir wichtig erscheint. Unser Land gilt als Inbegriff der freien Demokratie. Wenn es überhaupt noch einen Bereich gibt, in dem wir glauben, wirklich besser zu sein als alle anderen, so dürfte dies im Bereich der direkten Demokratie sein. Zu dieser Demokratie gehört selbstverständlich die freie Meinungsäusserung. Wir sind zu recht stolz auf diese Demokratie und wir tun dies auch immer wieder kund, wie wichtig und bedeutend diese Demokratie nicht nur für unser Land, sondern vor allem für jeden von uns ist. Und da liegt doch genau eine wesentliche Krux mit dem WEF. Es versteht sich von selbst, dass wir unsere demokratischen Rechte beiden Gruppierungen zugestehen wollen. Den Globalisierern wie auch den Antiglobalisierern. Das WEF tagt schon seit 30 Jahren ungestört in Davos. Selbstverständlich sollen auch die Andersdenkenden tagen dürfen und ihre Meinung kundtun. Da jedoch Demokratie nicht bedeutet, einfach das zu tun was man will, wird von beiden Gruppierungen verlangt, dass sie sich an gewisse vorgegebene Spielregeln halten. Und diese Spielregeln sollten allen hinlänglich bekannt sein. Wenn sich jedoch eine oder einzelne Gruppierungen nicht an diese demokratischen Spielregeln halten, ist es doch unsere Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dieser Demokratie, die Einhaltung der festgelegten Spielregeln mit den entsprechenden erforderlichen Massnahmen durchzusetzen. Tun wir das nämlich nicht, dann verlieren wir den Status einer Demokratie. Wir werden unglaubwürdig und unsere Demokratie verkommt zur Farce. Demokratie heisst nicht nur Freiheiten zu gewähren, sondern auch durchzusetzen. Verzichten wir auf die Durchsetzung dieser Freiheiten, so wird unser Staat erpressbar und früher oder später handlungsunfähig. Denn genau so wie das WEF durch Androhung von Chaos und Gewalt bekämpft wird, genau so können andere Veranstaltungen oder

Institutionen unseres Kantons oder unseres Landes bekämpft werden. Unter diesem Aspekt ist der Kostenfaktor für mich von zweitrangiger Bedeutung, was natürlich nicht heissen soll, dass sich vor allem der Bund an den Kosten der Sicherheit des WEF zu beteiligen hat. Auch Sicherheitsfaktoren waren für den Entscheid der WEF Leitung, das WEF 2002 in New York zu organisieren, massgebend. Wenn wir an das WEF 2003 denken, werden wir wieder mit der Sicherheitsfrage konfrontiert werden. Ein gewisses Risiko können wir nie vermeiden. Die Null-Risiko-Lösung gibt es gar nicht, ausser man verzichtet auf die Ausführung des WEF. Aber in diesem Falle, meine Damen und Herren, in diesem Falle wäre das Null-Risiko auch ein Risiko, nämlich ein Risiko für die Zukunft und für den Wohlstand unserer Bevölkerung. Es geht also in erster Linie darum, unsere Glaubwürdigkeit und die Freiheiten unserer Demokratie durchzusetzen. Wirklicher Dialog ist aber nur in einer Demokratie möglich und nur mit Dialog wird es möglich sein, eine weitere Radikalisierung der Globalisierungskritiker und eine Zunahme der Gewaltbereitschaft zu verhindern. Aus diesem Grunde bin ich dafür, ein klares Bekenntnis zum WEF und zum Standort Davos abzugeben. Ich bin für Eintreten.

Koch: Für mich ist die kurzfristige Verschiebung des WEF nach New York ein Beschluss von grosser und negativer Tragweite. Der Bund hat in der entscheidenden Phase geschlafen, d.h. die Verantwortung dem Kanton und Davos zugewiesen. Letztlich, was die grosse negative Tragweite betrifft, sind wir vor dem Druck der Globalisierungsgegner kapituliert. Einige dieser Gruppen, der Kern, will nicht friedlich demonstrieren, sondern das WEF zerstören. So wie sie es selbst an Orientierungen sagten. Ein weiterer grosser Imageverlust für die neutrale Schweiz, Graubünden und Davos. Wer das Gastrecht fordert, muss auch Grundrechte der andern achten. Wir haben das jetzt einige Male gehört und das sollten sich diese Gruppierungen ganz speziell merken. Sonst führt nichts zum Erfolg. Auch ihre Demos nicht. 30 Jahre lang haben Davos und die Schweiz von diesem einzigartigen Forum profitiert. Aus der ganzen Welt konnten Manager kleinerer Betriebe und Organisationen, mit Umweltbelangen sowie anderen Belangen, durch die Organisation von Professor Schwab in einer kleinen Runde mit einem dieser einflussreichsten Wirtschaftsführer oder Organisationen der Welt sprechen. Für diese kleinen Manager und Organisation sind diese Gespräche überlebenswichtig. Bestimmend ist aber, dass all diese Gruppierungen oder Manager ausserhalb von Davos im betreffenden Land zum Teil absolut keine Chance haben, diese Leute zu treffen. Nach der diesjährigen Eskalation, an welcher grosse Teile der Presse und Medien eine massive Mitschuld tragen, habe ich immer wieder gefordert, dass neben dem Bericht Arbenz raschmöglichst ein ausführlicher Bericht über die innere Wertschöpfung und die Tätigkeiten des WEF publiziert wird. Dieser Wertschöpfungsbericht von Professor Bieger sollte bereits seit mindestens einem halben Jahr jedermann in der Schweiz bekannt sein. Dies hätte an den vielen Gesprächsrunden in den letzten Monaten zu einer neutraleren Beurteilung geführt. Das Abwarten bis am Ende des nun verschobenen WEF ist für mich völlig unerklärlich. Denn nun ist der WEF weg, und dieser wird nur mit grössten Anstrengungen von Bund, Kantonen und uns allen wieder ins Landwassertal zurückkehren. Denn die Zeit bis Ende Januar ist sehr kurz, um die Bedingungen einer Rückkehr zu erfüllen. Grosse Teile der Bevölkerung in Davos, die vor dem Wegzug den materiellen Wert in Frage stellten, sind nun überrascht und immer wieder hört man

Forderungen, dass nun mit öffentlichen Mitteln dieser grosse Verlust in Grenzen zu halten wäre. Die Zeit drängt und Regierungsrat Klaus Huber ist für seine äusserst schwierige Aufgabe, einen Kongress mit dem Geist von Davos zu erarbeiten, nicht zu beneiden. Rückblickend muss ich sagen, dass wir dank grösstem Einsatz der Ordnungskräfte und Teilen der Festungstruppen trotz gewissen Einschränkungen, die absolut tragbar waren, einen ruhigen WEF 2001 hatten. Wären diese 1'500 Demos nach Davos durchgekommen, hätte es Krieg gegeben. Fraglich ist für mich auch das Zulassen des Autobahnsitzstreiks. Und das mit Wissen, dass man diesen Sitzstreik bewilligt hat und nicht eingegriffen hat. Denn da waren viele Gäste Graubündens, die überhaupt nichts mit dieser Angelegenheit zu tun hatten. Ich finde es unfair und deshalb ist es für mich unbegreiflich, dass die Polizei diesen Sitzstreik zugelassen hat. Es ist auch zu fragen, wieso man diesen Zug bis zum Hauptbahnhof in Zürich fahren liess? Will sich die Schweiz nicht einen weiteren folgeschweren Prestigeverlust einhandeln, müssen Bund und Kantone in den nächsten Wochen rasch handeln. Der Konkurrenzkampf nach der Verschiebung nach New York ist nun richtig entflammt und es werden sich einige Länder und Städte darum sehr intensiv bemühen. Obwohl ich das friedliche Demonstrationsrecht stets hochhalte, wäre eine weitere Kapitulation eines Landes vor kleineren Extremgruppen Zerstörungswilliger das schlimmste für mich. Denn dann wäre nicht nur Davos, sondern auch Genf für die Abhaltung weltweit wichtiger Kongresse abgeschrieben.

Kessler: In der Zwischenzeit wissen wir alle, dass das WEF im Jahre 2002 nicht in Davos stattfinden wird. Erlauben Sie mir als Davoser Gewerbetreibender und Touristiker einen Blick zurück im Zorn. Dass das WEF 2002 nicht in Davos stattfinden wird, ist zu einem grossen Teil der Verdienst sowohl der friedlichen wie auch der weniger friedlichen Globalisierungsgegner. Folgerichtig wurde es von Teilen dieser Kreise auch als Sieg gefeiert. Die friedlichen Idealisten haben mit ihrem Aufruf zu Demonstrationen den unfriedlichen ermöglicht, durch Internet verbreitete Gewaltandrohung ein riesiges Polizeiaufgebot zu erzwingen. Wenn wir davon ausgehen, dass nur ein kleiner Teil gewaltbereit ist, dann können wir auch davon ausgehen, dass die wenigen Gewaltbereiten ohne den Schutz der an sich friedlichen erwarteten Masse, gar nicht erst gekommen wären. Die damit überproportional angeschwollenen Zusatzkosten führten zu Diskussionen und Verunsicherungen. Genau so wie auch die seit zwei Jahren, wegen in- und ausländischen Wohlstandsdemonstranten, notwendig gewordenen grossräumigen Absperrungen und scharfen Zugangskontrollen. Bei der betroffenen Davoser Bevölkerung war das WEF grossmehrheitlich stets willkommen. Lästig wurden nur die Begleiterscheinungen, für die man die Kongressorganisatoren nun wirklich nicht verantwortlich machen kann. Die Frage sei erlaubt, ob der dritten Welt mehr gedient ist, wenn Wirtschaftsführer und Politiker, welche durch ihre Position etwas bewegen können, Projekte realisieren, oder ob dies eher der Fall ist, wenn Idealisten mit Demonstrationen die Ungerechtigkeiten dieser Welt beklagen, aber kaum im Stande sind, wirklich etwas zu bewirken. Studien belegen übrigens ganz klar, dass die Armut in den Drittstaaten durch die Globalisierung abgenommen hat, indem diese konkurrenzfähig am Welthandel teilnehmen können. Eines aber hat das Zugeständnis, dass die Sicherheit für diesen Anlass im üblichen Rahmen nicht garantiert werden kann, ganz klar gezeigt und dies ist vielleicht ein kleiner Gewinn. Die politischen Strukturen in der

Schweiz haben in diesem Fall mit der übrigen Entwicklung nicht Schritt halten können, sondern sind im vorigen oder sogar im vorvorigen Jahrhundert steckengeblieben. Grossrat Augustin hat das in seinem Votum treffend dargestellt. Ich glaube, das darf man heute ohne weiteres nochmals wiederholen. Es kann doch nicht sein, dass es in der schweizerischen Eidgenossenschaft nicht möglich ist, etwas zu garantieren, das praktisch jedes Land in der Lage ist zu garantieren. Es darf doch nicht sein, dass der Bund oder wie im vorliegenden Fall unser Kanton, abhängig ist von Gunst und Gnade der jeweiligen Vorsteher kantonaler oder städtischer Polizeieinheiten. Dies je nach politischem Standort oder Gusto. Dies würde ja bedeuten, dass in der Schweiz ein Anlass nach solcher Güte und Hochkarätigkeit generell nicht mehr garantiert werden könnte, sobald sich einige unterbeschäftigte Wirrköpfe entschliessen, dagegen Mobil zu machen. Ich denke, hier stossen wir an die Grenzen unseres föderalen Systems. Und ohne dieses generell in Frage stellen zu wollen, sind Korrekturen vorzunehmen. Damit hat Frau Bundesrätin Metzler auch bereits begonnen. Herrn Professor Schwab, der enge persönliche Beziehungen zu Davos hat und zu unrecht von schlecht oder oft auch gar nicht informierten Kreisen als Schlitzohr bezeichnet wird, ist zu danken. Für die mehr als 30-jährige gute Zusammenarbeit aber auch für seine offiziellen Verlautbarungen der Gründe für die hoffentlich einmalige Dislokation nach New York. Auch wenn die offiziellen Beweggründe und die Symbolik für eine Züglete in diese Stadt nachvollziehbar sind, dürfen wir uns nicht darüber hinweg täuschen, dass vor allem unser Unvermögen zur Abgabe genügender Sicherheitsgarantien den entscheidenden Ausschlag gegeben haben dürfte. Davos verliert viel, ebenso Graubünden und die Schweiz. Und es ist beileibe nicht so, wie vieler Orts auch kolportiert wurde, dass nur die vier und fünf Stern Hotels vom WEF profitieren. Jeder noch so kleine Vermieter, in und um Davos, profitierte vom WEF. Und zahllose weitere im Prättigau bis nach Landquart, Bad Ragaz und Chur sowie auch die andere Seite nach Wiesen. Die Zimmer wurden aber nicht einfach vermietet, sondern sie wurden gut vermietet. Damit will ich sagen, dass ein Doppelzimmer auch den Ertrag eines Doppelzimmers brachte, was leider heutzutage auch nicht immer der Fall ist. In der Landschaft Davos und in Klosters werden die Restaurants im kommenden Januar zur üblichen WEF Zeit bei Weitem nicht die Umsätze des Vorjahres machen. Dutzende höchst ertragreicher Bankette werden fehlen. Und auch diejenigen Gewerbetreibenden, die heute noch glauben, nichts vom WEF gehabt zu haben, werden spätestens im Januar merken, dass etwas fehlt. Es ist ein bisschen wie mit der Gesundheit. Man merkt erst was man hat, wenn man's nicht mehr hat. Einige Worte seien noch zu den Spielereien diverser Organisationen erlaubt. Wie kann es sein, frage ich Sie, dass eine Organisation wie Public Eye so wenig zu sagen hat, dass ein Kongress ohne WEF in Davos uninteressant wird. Und auch der vorgesehene Parteitag der schweizerischen SP in Davos war meiner Meinung nach eine reine Provokation. Das jetzt doch noch eine Klausurtagung stattfinden soll, tue ich zumindest darauf zurückführen, dass man sonst wirklich Mühe hätte, als staatstragende Volkspartei einigermassen glaubhaft zu bleiben. Die Vorberatungskommission zum WEF-Bericht hat hervorragende Arbeit geleistet. Sie hat erkannt, dass wir diesen Anlass nicht kampflös aufgeben dürfen und ebenso klar und glaubwürdig dargelegt, dass es sich bei diesem Anlass um eine private Veranstaltung mit öffentlichen Charakter handelt, welche für die schweizerische Aussenpolitik ausserordentlich wichtig ist. Dass sie daraus folgert, dass der Bund

sich stärker auch finanziell an den Sicherheitskosten beteiligen sollte, scheint mir richtig. Sie macht ebenso deutlich, dass man dem Spirit of Davos und der Variante Spielfeld Minus eine Chance geben muss. Es macht auch Sinn, dass die Initiative für die Bildung der Trägerschaft nicht vom WEF kommen soll, da die NGOs und andere vermutlich niemals kooperieren würden. Was übrigens nachvollziehbar ist. Ob sie überhaupt kooperieren, dafür wird das WEF 2003 die Nagelprobe sein. Wer etwas zu sagen hat, soll dies immer tun dürfen. Aber bitte unter Beachtung der demokratischen Regeln. Und nur demonstrieren und des demonstrierens Willen ist sehr unschweizerisch und dumm dazu. Es führt höchstens zu einem lustigen Wochenende auf den Davoserstrassen. Der Welt nützt dies gar nichts. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

Bär: Erst wenn man etwas verloren hat, wird erkannt, was man verloren hat. So kann man die Reaktionen zusammenfassen, die nach bekannt werden der Verlegung des WEF nach New York entstanden sind. Die wirtschaftlichen Folgen durch den Wegzug des WEF wurden vielfach unterschätzt. Das wird eine schmerzhafteste Belehrung sein. Die Möglichkeit, in einem Schaufenster von der ganzen Welt wahrgenommen zu werden, wurde für das Jahr 2002 preisgegeben. Aber jammern bringt nichts. Es sind alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, damit dieser Anlass wieder nach Davos zurückkehrt. Ich empfehle Ihnen deshalb auch hier ein Zeichen zu setzen und sämtliche Anstrengungen zu unterstützen. Bedenklich erachte ich die Tatsache, dass unter dem Deckmantel der Demonstrationsfreiheit unsere demokratischen Regeln dazu missbraucht werden, um Sachbeschädigungen und andere Straftaten zuzulassen. Die Grenzen zwischen legalem und illegalem Handeln sind fließend. Ist wegsehen oder tolerieren eines Vergehens oder Verbrechens nicht schon selbst eine strafbare Handlung? Wenn wir auf die Geschichte zurückblicken in die dreissiger Jahre, dann scheint uns eine Antwort einfach zu sein. Es ist für mich absolut unverständlich, dass angeblich friedlich gesinnte Demonstranten Toleranz ausüben und gewaltbereiten und zerstörungswilligen Demonstranten eine Plattform bieten und sie in ihren Reihen nicht nur dulden, sondern sogar in Schutz nehmen und aktiv unterstützen. Diese Gruppierungen helfen somit mit, verbrecherisches Verhalten zu tolerieren. Aus diesen Gründen ist auch die nachfolgende Teilrevision der Verordnung über die Kantonspolizei zu unterstützen. Wir möchten motivieren und unsere Polizei unterstützen, ihre Aufgaben für die Sicherstellung von Recht und Ordnung zu erfüllen um damit weitere Straftaten und Vergehen zu verhindern.

Nick: Das WEF wurde aus diversen Sichtwinkeln beleuchtet. Das Schwergewicht wurde dabei auf die globale Dimension gelegt. Ich erlaube mir nun eine Facette beizufügen, indem ich aus der Sicht einer Gemeinde argumentiere, die eigentlich erst seit dem letzten WEF, aber dann um so drastischer, damit konfrontiert wurde. Ich spreche aus der Sicht von Igis/Landquart. In Landquart trafen bei der letzten Durchführung des WEF Gegner und Polizei aufeinander. Es geht mir nun nicht um die Vergangenheit, sondern um die Zukunft, konkret um das WEF 2003, das hoffentlich wieder in Davos stattfindet. Und obwohl ich die Durchführung in Davos sehr unterstütze, müssen meiner Meinung nach gewisse Voraussetzungen erfüllt sein, um das WEF eben in Davos durchzuführen. Und ich erlaube mir hier drei Punkte aufzuführen, die mir wesentlich erscheinen. 1. Es darf kein Bunkerszenario, wie im Bericht Arbenz auf Seite 365 geschrieben, entstehen.

Diese Lösung wäre sehr problematisch. Denn dort, wo eine hermetische Abriegelung verläuft, entstehen, so leider die Erfahrung, Verwüstungen und Menschen kommen zu Schaden. Für Landquart hätte eine hermetische Abriegelung, wenn das gleiche Konzept wie im vergangenen Jahr angewendet würde, drastische Folgen. 2. Trotzdem muss die Sicherheit der Teilnehmerinnen, der Teilnehmer des WEF, der Gäste und der Einwohner von Davos gewährleistet sein. Das ist, ich bin mir bewusst, ein Spagat der nicht leicht zu bewältigen sein wird. 3. Die Sicherheitskosten dürfen für die Steuerzahler des Kantons Graubünden nicht jährlich 10 Millionen oder mehr Franken betragen, sondern bedeutend weniger. Hier müssen sich WEF Organisatoren und Bund namhaft beteiligen. Das also drei Grundprämissen, nicht die einzigen, aber bestimmt wichtige. Wenn ich nun diese Grundvoraussetzungen mit den Vorschlägen der Regierung und der Vorbereitungskommission vergleiche, stelle ich fest, dass der Vorschlag, respektiv das Konzept der Vorbereitungskommission, auf die Erfüllung dieser drei Voraussetzungen zielt. Ich kann deshalb das Vorgehen und die Vorschläge der Vorbereitungskommission vorbehaltlos unterstützen. Mit der Einführung der Diskussionsplattform Spirit of Davos werden gute Voraussetzungen geschaffen, um ein WEF ohne hermetische Abriegelung durchzuführen. Voraussetzung ist aber, dass rasch und unkompliziert gehandelt wird. Nun noch eine Bemerkung zu den Sicherheitskosten. Wenn das WEF im Jahr 2002 in Davos durchgeführt worden wäre, so stünde diese Frage wohl im Zentrum der Diskussionen. Nun stellt sich jedoch dieselbe Frage, einfach ein Jahr später. Für die Budgetierung 2003 erlaube ich mir deshalb folgende Hinweise. Die Bündner Bevölkerung wird kaum bereit sein, jährlich 10 bis 12 Millionen Franken Sicherheitskosten zu übernehmen. Und hier ist unsere Regierung gefordert, die notwendigen Verhandlungen mit dem Bund zu führen. Der Bund hat sich auch verschiedentlich für die Durchführung des WEF ausgesprochen. Es muss sich nun auch in der finanziellen Unterstützung zeigen, ob es vom Bund nur Lippenbekenntnisse sind, das WEF wieder nach Davos zu holen, oder ob der Bund dies tatsächlich auch will. Wenn ja, so kann er den Tatbeweis mit einer namhaften Beteiligung an den Sicherheitskosten leicht erbringen. Für beides gilt es, das heisst für die Einführung der Diskussionsplattform Spirit of Davos wie auch für die Kostenfrage, die zeitliche Dimension zu beachten. Es ist fünf vor zwölf. Die Zeit drängt, denn ein Jahr gibt nur wenig Handlungsspielraum um neue tragfähige Lösungen zu entwickeln. Wenn das WEF 2003 in Davos stattfinden soll, was ich sehr begrüssen würde, dann muss jetzt rasch und unkompliziert gehandelt werden. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

Noi: Signor Presidente del Gran Consiglio, scusi ma sempre voglio dire qualcosa di gentile ma non mi viene data la parola. Volevo lo stesso ringraziare il Consigliere di Stato Engler e dirgli comunque che il suo impegno per la A13 viene riconosciuto dalla popolazione. Scusate la deviazione di tema. Jetzt zum WEF. Der Titel oder die Bezeichnung dieses Berichtes, und zwar „Bericht über das Jahrestreffen 2001 des WEF Davos, Chancen und Risiken für die Zukunft“, weckt bestimmte Erwartungen. Erwartungen, welche allerdings nicht in jeder Hinsicht entsprochen wurden. Im Sinne von Risiken und Chancen fehlt mir im Bericht eindeutig die gesellschaftliche und psychologische Komponente. Dieser Eindruck wird auch von der Zusammensetzung der sogenannten erweiterten Projektorganisation bestätigt. Sie finden diese Zusammensetzung auf Seite 384 der Botschaft. Zur

Statistik von Grossrätin Meier möchte ich auch sagen, dass man in dieser Auflistung auf 27 Menschen trifft und dass nur ein Mensch davon eine Frau ist. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch bei der Sachbearbeiterin der Standeskanzlei, welche mir geholfen hat herauszufinden, welche berufliche Qualifikation die aufgelisteten Personen auf Seite 384 haben. Bei den Beamten von Bund und Kanton sind alle im Bereich Militär, Polizei, Finanz- und Informationsdienst tätig. Auch bei den Unternehmensberatern habe ich keine Soziologen oder Psychologen gefunden. Meine Frage ist: Wie kann man sich tiefgründig mit Risiken und Chancen des Forums kompetent auseinandersetzen ohne die Mitarbeit von Fachpersonen, die sich mit den spezifischen Problemen des Forums wie z.B. Gewalt, kompetent befassen? Dies ist für mich, in einer Zeit in der überall nach Professionalität gerufen wird, um so bedenklicher. Die Tatsache, dass man in dieser Frage so laienhaft, ich könnte auch sagen so militärisch, polizeilich vorgegangen ist, mag der Diskussion über das WEF nicht die nötige Qualität verleihen. Die Regierung kann mir selbstverständlich widersprechen.

Portner: Wie Grossrat Nigg bereits sagte, die Zeit drängt. Einerseits für das WEF und andererseits in dieser Session, weshalb man sich sehr kurz halten sollte. Ich möchte warnen, ins Detail zu gehen, zu resonieren und Spekulationen anzustellen, ob das WEF wieder kommt. Ich glaube, das einzige, was zu sagen bleibt ist Mea Culpa, Mea Maxima Culpa, dass das WEF heute in New York stattfindet. Hier und jetzt geht es darum, strategische Fragen zu stellen und zu beantworten. Es geht um eine einzige Frage, nämlich wollen wir das WEF wieder in Davos? Welche Bedeutung das WEF für Davos, für Graubünden, für die Schweiz und auch für die Welt hat, dürfte unbestritten sein. Wenn nicht, dann ist es Aufgabe von uns allen, die Zauderer von der Wichtigkeit und Bedeutung zu überzeugen. Zwei Kriterien sind bei der Beantwortung der Frage, ob wir das WEF wieder in Davos wollen, wichtig. 1. Welches Risiko sind wir zu tragen bereit? 2. Welche finanziellen Leistungen sind wir zu erbringen bereit? Es geht meines Erachtens darum, und dies ist das einzige Ziel heute, die Option für Davos offen zu halten, damit das WEF im Jahr 2003 wieder in Davos stattfinden kann. Wir haben hier die Voraussetzungen zu schaffen. Das Ausüben der Option ist anderen Stufen vorbehalten. Das ist meines Erachtens wieder eine operative Aufgabe, die wir gerne, das sage ich auch, weiter geben. Ich bin für das WEF ohne wenn und aber, denn nur eine positive Stimmung schafft die Voraussetzung, dass es wieder kommt. Eventuell hilft es, nicht primär zu fragen, was das WEF uns alleine bringt, sondern was das WEF für die Welt bringen kann und somit Solidarität beweisen. Ich bin für Eintreten, und ich bin auch für das WEF.

Schmutz: Ist eine kritische Beurteilung und dann die Rückweisung einer grenzenlosen, freien Globalisierung falsch? Für die Arbeitnehmenden hat eine grenzenlose, freie Globalisierung ohne Schranken nur Nachteile. Ohne soziale Minimalbedingungen ist diese nicht gut. Für die Umweltbelastungen sowieso nicht. Und wenn wir anschauen, was bis jetzt gemacht wurde, dann haben wir grosse Probleme und ein Nachholbedarf. Ein WEF ohne Einbezug aller NGOs, Nichtregierungsorganisationen oder kritischen Kräfte ist unvorstellbar. Jetzt werden die NGOs nicht einbezogen oder nur am Rande. Die Dimension des WEF sprengt von mir aus gesehen den Rahmen, finanziell wie personell. Die Parole, Kosten sozialisiert, Gewinn privatisiert, trifft das WEF im Nerv. Klaus Schwab ist übrigens der Gastgeber beim WEF

und nicht der Kanton Graubünden. Ich denke, es wäre jetzt eine Chance, in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Krisenmanager einen neuen anderen Anlass mit allen Kräften zu organisieren. Zuerst wird dies sicher schwierig, später möglicherweise ein Erfolg. Die Diskussion, die Bereitschaft zum Dialog, ist verbindend und entspricht dem Kanton Graubünden. Die Kosten für das jetzige WEF sind für den Kanton Graubünden zu hoch. Und der Preis, den wir dafür zahlen, ist für uns nicht tragbar. Vor allem vor dem Hintergrund, und das wird dem WEF nachgesagt, dass es ein Verein mit 2'200 Mitgliedern ist, welche jeweils einen Jahresbeitrag von 25'000 Dollar bezahlen müssen. Dazu kommt, dass die Stiftung, die von Professor Klaus Schwab geführt wird, rund 200 Millionen Franken Vermögen aufweisen soll. Das ganze Konstrukt und Firmenareal, dass unter dem WEF noch zusammenkommt, ich undurchsichtig. Hier müsste unbedingt und schnell einmal Klarheit geschaffen werden. Nehmen wir jetzt die Chance wahr, die sich für den Kanton Graubünden bietet. Nehmen wir den Dialog war und gründen eine Veranstaltung für und mit dem Kanton Graubünden.

Pfenninger: Ich gehe davon aus, dass sie von mir als Initiant dieses WEF Berichtes auch eine Stellungnahme erwarten, was ich selbstverständlich auch gerne tue. Wie viele Vorredner möchte ich nicht gross auf die Einzelheiten des WEF Berichtes eingehen. Da habe ich es ganz mit Grossrat Portner. Ich möchte viel mehr einen Blick in die Zukunft werfen. Dies aber nicht wie in der kürzlich ausgestrahlten Arenasendung, wo vor allem Vergangenheitsbewältigung gemacht wurde. Natürlich gibt es auch bei uns einige Heckenschützen, die den Spirit torpedieren wollen. Mit dem muss man rechnen. Ich möchte noch ankündigen, dass ich dann in der Detailberatung, bzw. bei den Erklärungen, mich nicht mehr melden werde, obwohl ich mit einigen Formulierungen nicht 100prozentig einverstanden bin. Aber man kann damit leben. Die für die Erarbeitung des Arbenz-Berichtes getätigten Kontakte und die dabei benutzen Informationskanäle geben zu einiger Kritik Anlass. Die im Bericht gezogenen Schlussfolgerungen dagegen erachte ich als durchaus gelungen. Überzeugt hat mich insbesondere der Zusatzbericht und die Haltung der Regierung während der letzten Monate. Dies ist aber auch ein Versprechen für die Zukunft, welches nicht enttäuscht werden sollte. Zentral ist, dass die Problematik einer Durchführung nach Art des WEF 2001 erkannt wurde und in Zukunft neue Wege gegangen werden sollen. In diesem Sinne ist die Bewegung, die in diesem Jahr in dieser Sache entstanden ist, sehr positiv zu werten. Und wenn mein Postulat da einen kleinen Beitrag leisten konnte, freut mich das. Der teilweise doch eher unbekömmliche Geist des WEF 2001 soll auch, wenn nicht alle auf diesem Spielfeld beteiligten Gruppierungen dazu bereit sind, einem echten auf Offenheit, Toleranz und Dialog basierenden Spirit of Davos Platz machen. Denn nur so hat das WEF, oder wie auch immer es in Zukunft heisst, eine Chance. Nutzen wir das durch die Verlegung nach New York entstandenes Time Out als Chance, eine auf erneuerte Grundlagen basierende Veranstaltung aufzubauen. Die Trägerschaft muss, wie das auch vorgesehen ist, breit abgestützt sein, wobei der Kanton koordinierend wirken sollte. Das Projekt Spirit of Davos 2003 soll nicht zwingend an die Austragung des WEF gebunden sein. Es sind verschiedene Formen, zusammen mit dem WEF, parallel oder unabhängig denkbar. Das Januarultimatum der WEF Organisatoren darf daher den Kanton bei der Planung eines Forums der Verständigung nicht behindern. Ich wünsche mir, dass das WEF 2003 in erneuerter Form wieder in

Davos stattfinden kann. Es braucht aber neue Rahmenbedingungen, die die demokratischen Rechte garantieren. Die angekündigte Öffnung des WEF darf auch nicht einfach zur Marketingstrategie des WEF verkommen. Es muss eben tatsächlich von allen Beteiligten die Bereitschaft da sein, gleichberechtigt und offen mitzuwirken und zu partizipieren. Eine entsprechende Plattform muss gewährleistet sein. Innovation sollte in diesem Zusammenhang eben auch heissen, neue Entwicklungen aufzunehmen und Veranstaltungen in erneuerter Form weiter zu führen. Dass das WEF als World Economic Forum den Anforderungen an ein die globalen Entwicklungen erfassendes Forum nicht mehr erfüllen kann, haben ja auch die Organisatoren des WEF Davos schon seit etlichen Jahren erkannt und vielleicht noch etwas allzu zögerlich Schritte hin zu einer Eröffnung gemacht. Hier braucht es den Mut, wirklich auch zu neuen Ufern aufzubrechen und neben der Ökonomie eben auch die Fragen der sozialen Sicherheit, des Ausgleichs zwischen Nord und Süd, der Umwelt, des Service Public oder selbstverständlich auch der Menschenrechte zu thematisieren. Ganz zentral ist auf Grund der neuesten Entwicklung sicher auch die Verständigung zwischen den Kulturen, Völkern und Glaubensgemeinschaften. Nur im Dialog werden wir weiterkommen, und hier könnte Davos tatsächlich einen grossen Beitrag leisten. Leisten wir unseren Beitrag zur Wandlung des WEF zum Weltfriedensforum. Dabei könnten auch verschiedene Trägerschaften und Foren unter einem gemeinsamen Dach in Davos, unter dem Spirit of Davos, tagen. Noch kurz zu einigen Voten. Grossrat Schmid hat gesagt, dass er völlig überrascht worden sei von der Entwicklung. Er bezieht sich dabei auf die Verlegung nach New York. Nun bin ich etwas überrascht über die Überraschung von Grossrat Schmid. Die Signale und Zeichen waren schon seit Wochen da. Man musste sie einfach lesen. Verschiedene Redner haben sich auch zur Polizei bzw. zum Aufbau einer Bundespolizei geäussert. Vielleicht muss tatsächlich geprüft werden, ob es eine spezielle Einheit des Bundes für solche Spezialeinsätze braucht. Sich nun allerdings der Illusion hingeben, damit sei dann plötzlich alles was Sicherheitsfragen anbelangt machbar, wäre wohl aufgrund der internationalen Entwicklungen der letzten Wochen verfehlt. Den Globalisierungsgegnern, Kritikern und Demonstranten quasi das ganze Sicherheitsrisiko anzulasten, ist dann doch auch wohl etwas übertrieben. Bei der Beurteilung des Sicherheitsrisikos haben wohl auch noch ganz andere Erwägungen mitgespielt. Gewisse Votanten müssen sich vielleicht schon davor hüten, nicht mit einem Rückwärtssalto wieder der Bunkermentalität zu verfallen. Dies wäre dann wohl über kurz oder lang das endgültige Aus für Davos und Graubünden. Denn dies würde längerfristig insbesondere auch von der Bündner Bevölkerung mit Sicherheit nicht toleriert. Vielleicht auch noch ganz kurz zu den Voten von den Grossräten Kessler, Koch und Bär. Ich muss Ihnen einfach sagen, dass wenn das der Geist von Davos ist, sehe ich schwarz. Ich denke, dass die Kosten, die uns das WEF verursachen, nicht im Vordergrund stehen sollten, wobei allerdings gewisse Rahmenbedingungen stimmen müssen. Es kann natürlich auch nicht sein, dass die öffentliche Hand Millionen in die Hand nimmt, ohne auch nur ein bisschen Mitbestimmung bei der Ausgestaltung des WEF Programms zu haben. Dass das WEF 2002 nun in New York stattfindet, mag für einige schmerzlich und mit wirtschaftlichen Verlusten verbunden sein. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass neben den auf der globalen Situation bestehenden Sicherheitsrisiken auch die Risiken des Imageschadens zu tragen gewesen wären, falls etwas schief gelaufen wäre. Und die

Gefahr, dass bei einem WEF 2001 einiges schief gelaufen wäre und dabei die entsprechende Negativwerbung eingefahren worden wäre, musste auch als relativ hoch eingestuft werden. Das Projekt Spirit of Davos war noch nicht bereit und die weitere Öffnung des WEF 2002 auch nicht. Für ein allfälliges WEF 2003 und das Projekt Spirit of Davos gilt es nun, unverzüglich und mit Hochdruck die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen. Wir wollen doch nicht schicksalsergeben das Opfer irgend einer Entwicklung sein, sondern selber handeln. Schreiten wir zur Tat, machen wir vorwärts.

Zindel: Ich möchte der Diskussion eine weitere Facette hinzufügen und spreche als friedlicher Idealist. Was macht eigentlich den Geist von Davos aus? Was macht diesen Spirit aus? Ist es nicht das, dass sich gegensätzlich bekämpfende Kräfte dort in Davos treffen, aufeinanderprallen und dass Begegnung entsteht? In der Nacht, als Li Peng Davos besuchte, habe ich mit einigen Freunden zusammen als Pfarrer von Davos ein grosses Transparent an den Kirchturm von St. Johann gehängt mit der Inschrift "Menschenrechte für China, stoppt die Verfolgung von Christen". Und dann kam dieser Li Peng nach Davos und hinter verschlossenen Türen am WEF wurde die Wirtschaftszusammenarbeit eingeleitet. Für mich der beste Motor der Demokratisierung. Zugleich demonstrierten Leute dagegen, dass dieser Mann vor einigen Tagen am Platz des Himmlischen Friedens die Demokratiebewegung platt gewalzt hat. Und das machte den Geist von Davos aus, dieses miteinander. Und da müssen die Globalisierungskritiker wirklich über die Bücher gehen und Selbstreinigung in ihren Reihen betreiben. Wenn die Linke heute Hand bietet für ein WEF 2003, und ich finde es wichtig, dass wir heute ein eindeutiges Signal von uns geben, dann erwarten wir zugleich auch ein klares Bekenntnis zu dem, was Arbenz auf Seite 369 schreibt: "Schrittweiser, von operationellen Erfahrungswerten bestimmter Ausbau des Durchführungsortes Davos zu einem international renommierten Ort gewaltfreier aber auch intensiv-kritischer Begegnungen und Auseinandersetzung im Zeichen der alle Kontinente bewegenden Globalisierungsthematik." Das ist eine Vision, I have a dream, nämlich die Symbiose von Tourismus und Polithik. Und die Stadt in den Bergen eignet sich genau für diese Auseinandersetzung. Da haben wir als Linke eine Forderung, die ich jetzt in der Form einer Bitte aussprechen möchte. Bitte macht das Spielfeld nicht zu klein, aus drei Gründen. 1. Es besteht jetzt genügend Zeit für das Spielfeldszenario, wie es Arbenz beschreibt, Seite 320, Zitat: "Für das WEF 2003 ist Schritt für Schritt und systematisch auf Schaffung des Spielfeldszenarios zuzusteuern." 2. Macht das Spielfeld darum nicht zu klein, weil es nur eine hauchdünne Verschiebung vom Spielfeld Minus weg in ein noch grösseres Minus bräuchte. Und dann haben wir wieder den Bunker, der nicht nur dem Geist von Davos auf den Geist geht, sondern der auch finanziell und politisch das WEF bodigen wird. Jetzt wollte ich das Wort "Grounding" wörtlich übersetzen. 3. Macht das Spielfeld darum nicht zu klein, weil die grosse Mehrheit dieser intellektuell und ethisch hoch engagierten jungen Globalisierungskritiker die zukünftigen Gäste mit Kaufkraft von Davos sein werden. Diese Stürmer und Dränger werden ihren Weg zurücklegen wie Joschka Fischer und Otto Schilli auch. Dieses an sich hoch interessante Segment sollten wir nicht mit Gülle, sondern mit Glühwein empfangen.

Christ: Im Hinblick auf diese Grossratssession habe ich mich intensiv mit dem WEF-Problem beschäftigt. Es ist nun schwierig, Ihnen noch irgend etwas neues zu erzählen. Ich

möchte deshalb vielleicht ein wenig die Stimmung in der Davoser Bevölkerung, die Meinungen und Ansichten zum WEF, näher bringen. Ich habe mich, wie gesagt, sehr gut umgehört und was ich hörte, hat mich zuweilen auch sehr nachdenklich gestimmt. Nicht wenige Ladenbesitzer und Eigentümer von Handwerksbetrieben meinten, dass sie nicht vom WEF profitieren würden und diesen also auch nicht unbedingt brauchten. Dieser Standpunkt scheint mir sehr sehr kurzsichtig. Für Hotels und Restaurationsbetriebe entsteht in diesen wenigen Tagen ein wesentlicher Mehrumsatz. Es gibt Hotels, die sagen, dass sie einen Viertel der Einnahmen der ganzen Wintersaison in dieser Woche generieren können. Geht es nun diesen Branchen gut, investieren sie in ihre Betriebe, was wiederum den handwerklichen Bereichen zu Gute kommt. Auch die verschiedenen Läden und Boutiquen profitieren von einer besseren Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung infolge wirtschaftlich guten Zeiten. Und davon profitiert auch wieder der Kanton Graubünden, da Davos bestimmt kantonal gesehen einen sehr wesentlichen Teil an Steuereinnahmen erbringt. Überrascht war ich aber, dass nach der Meldung vom Wegzug des WEF im Jahre 2002 genau jene Leute, welche sich bisher, milde gesagt, nicht sehr eingesetzt haben für eine Durchführung in Davos, nun lautstark zu Wort melden und kritisieren, man - wahrscheinlich sind die politischen Behörden gemeint - habe zu wenig getan, um das WEF in Davos zu behalten. Vielleicht sind ihnen erst jetzt die Augen aufgegangen, was dieser für uns so wichtige Anlass alles beinhaltet. Dass man wegen der Sicherheit Bedenken hat, das kann ich gut nachvollziehen. Ich habe diese selber auch. Und ich kann Ihnen sagen, ich wohne in Davos Dorf, relativ nahe beim Hotel Seehof. Ich habe die Demonstrationen miterlebt und es war mir gar nicht wohl, wenn man den Einsatz gesehen hat, wenn man diese verummten Gestalten gesehen hat. Das ist mir übrigens auch nicht klar. Warum muss man sich denn verummten, warum kann man denn nicht dazu stehen, wenn man sich gegen irgend etwas wehren möchte und dies im Voraus ankündigt? Das ist für mich auch ein Aspekt, den ich nicht ganz nachvollziehen kann. Ich möchte auch gerne, dass man seine Meinung äussern kann. Aber wie gesagt, ich habe auch Angst davor, das gebe ich ehrlich zu. Wenn wir nun aber meinen, dass Davos, Graubünden und die Schweiz das WEF brauchen, müssen wir jetzt sofort alles in unserer Macht stehende unternehmen, damit wir im Jahre 2003 wieder Gastgeber sein dürfen für dieses einzigartige Jahrestreffen von Wirtschaft und Politik. Es bleibt für die Abwägung aller möglichen Argumente, ob dafür oder dagegen, keine Zeit. Wir können nur bestmögliche Voraussetzungen schaffen. Der Entscheid liegt nicht in unserer Macht. Man muss ganz klar sehen, das wurde uns auch so gesagt, dass das WEF in New York nicht um Geld oder Sicherheitskräfte bitten muss. Dort wird einfach geboten, was notwendig ist. Dies wird bestimmt in Zukunft auch von der Schweiz so erwartet. Ich hoffe nun, und ich bin eigentlich davon überzeugt, dass sich auch die Stimmung im Grossen Rat eher zu Gunsten einer erneuten Durchführung des WEF geändert hat. Der Bericht der Vorberatungskommission lässt darauf schliessen. Als Zeichen nach Aussen ist es sehr wichtig, dass wir uns geschlossen zum WEF bekennen, wenn wir dieses wirklich wieder wollen. Es gibt noch genug Probleme, welche wir eben nicht beeinflussen können. Wird es dem Bundesrat gelingen, die Kantone davon zu überzeugen, dass unsere Polizei Verstärkung braucht? Die Zeit drängt sehr, wenn wir möchten, dass Herr Professor Schwab in New York verkündet, dass das WEF wieder in Davos stattfinden wird. Wichtig scheint mir in diesem Zu-

sammenhang auch der Auftritt des dannzumaligen Bundespräsidenten Kaspar Villiger, welcher - wie man hört - das WEF in New York eröffnen wird. Er könnte der ganzen Sache international das nötige Gewicht aus Schweizer Sicht verleihen. Ich bin überzeugt und danke Ihnen dafür, werte Regierung, dass Sie alles mögliche unternommen haben, um den Bundesbehörden die Wichtigkeit und vor allem die Dringlichkeit klar zu machen. Herr Landamann Roffler, welcher ja bei den verschiedenen Verhandlungen dabei war und sich für das WEF sehr stark eingesetzt hat, ist fest davon überzeugt, dass auch die Damen und Herren Bundesräte die grosse wirtschaftliche und politische Bedeutung des World Economic Forum voll anerkennen. Darf ich Sie, liebe Grossrätinnen und Grossräte, im Namen sehr vieler, nicht aller, Davoser Bürgerinnen und Bürger bitten, den Anträgen der Vorberatungskommission zuzustimmen. Ich bin für Eintreten.

Zegg: Das World Economic Forum Davos oder das WEF ist eine der wichtigsten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Veranstaltungen der Welt. So sagt die Bündner Regierung. Das WEF hat sich, so die Meinung des Gründers und Initiators dieser Veranstaltung, Herr Schwab, zur führenden internationalen Partnerschaftsplattform entwickelt. Und der Geist von Davos stand Pate für zahlreiche Initiativen der Zusammenarbeit zur Lösung von Konflikten oder sozialer und wirtschaftlicher Probleme. Das WEF ist neben der Swissair und den internationalen Organisationen in Genf das wichtigste Aushängeschild der Schweiz zur Welt. So schreibt sinngemäss die Neue Zürcher Zeitung. Ich teile diese drei Meinungen über die Bedeutung des WEF und wir, der ganze Kanton Graubünden können stolz sein, dass es Davos in Jahrzehnte langer Aufbauarbeit gelungen ist, eine derart bedeutende Veranstaltung aufzubauen. Ein Forum, das Weltruf genießt und auch weltweit ein Bild der Schweiz und insbesondere auch von Davos und Graubünden, vermittelt. Das WEF ist somit nicht nur für die Schweiz, sondern insbesondere für den Tourismus und für die gesamte Wirtschaft des Kantons Graubünden, die wichtigste und eine weltweite Plattform, über die wir für Graubünden werben können. Diese Möglichkeit alleine schon ist von höchster Güte und an und für sich unbezahlbar. Dass mit dem WEF direkt und indirekt noch zahlreiche Betriebe und Arbeitsplätze in Graubünden generiert und gesichert werden, ist ein zweiter, sehr bedeutender Effekt. Für das Jahr 2002 ist das WEF nach New York gezogen. Wie Karl Schwab, der Vater dieser Veranstaltung sagt, möchte er damit ein klares Zeichen der Solidarität mit New York, nach dem Terroranschlag vom 11. September, setzen. Herr Schwab hofft aber, dass der Geist von Davos im Jahre 2003 an seinen Heimatort Davos zurückkehren kann. Er nennt dazu zwei grundlegende Voraussetzungen, nämlich: 1. Die für eine grosse internationale Konferenz notwendigen Sicherheitsvorkehrungen müssen rechtzeitig und vollumfänglich gewährleistet sein. 2. Es braucht eine Atmosphäre, die den Teilnehmern aus aller Welt das Gefühl gibt, willkommenen Gästen zu sein. Ich bin mir nicht so sicher, meine geschätzten Damen und Herren, ob die Neue Zürcher Zeitung, die nach dem Bekanntwerden der Verlegung nach New York geschrieben hat, recht hat. Ich zitiere: "Nüchtern betrachtet hat aber die Schweiz nach dreissig Jahren den Kampf um das WEF verloren. Noch darf die Schweiz zwar auf das Jahr 2003 hoffen, doch nicht nur bei Boxern gilt die ungeschriebene Regel für gefallene Champions they never come back." Die Serie ist gebrochen. Die überragende Bedeutung des WEF ist heute, wo wir daran sind, es zu verlie-

ren, allen bewusst. Sogar die Bündner Sozialdemokraten machen parlamentarische Vorstösse, welche mit der Wichtigkeit des WEF begründet werden. Nachdem sich die NZZ, als die Zeitung der Schweizer Wirtschaft und Politik, derart für die grosse Bedeutung des WEF ausspricht und auch alle Bundesratsparteien, die SP allerdings mit interner Kritik der Romands, sowie der Bundesrat ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht haben, muss es der Bündner Regierung mit ihrem gewohnt starken Engagement und einer guten Verhandlungstaktik nun gelingen, zusammen mit Davos, für die Gewährung der Sicherheit und auch vor allem für die Berapung der Kosten, den Bund zu gewinnen. Weil dieser internationalen Veranstaltung für die gesamte Schweiz eine so bedeutende Rolle zukommt, müsste das möglich und machbar sein. Auch weil der Bund sich für die Bildung einer nationalen Fluggesellschaft so engagiert hat, wird er hier beim WEF nicht abseits stehen dürfen. Mit einer stärkeren Einbindung des Bundes für die Sicherheit des WEF und damit auch für die Übernahme der Kosten, können wir ein berechtigtes Anliegen von Herrn Schwab, und ich glaube, die Sicherheit ist das wichtigste Anliegen, erfüllen. Ich bin überzeugt, dass gerade im Zeitpunkt des Swissair-Debakels und des starken Milliarden schweren Engagements des Bundes der Zeitpunkt, sich nun für das WEF mehr zu engagieren, günstig ist. Die zweite Voraussetzung, die Herr Schwaab nennt, nämlich es braucht eine Atmosphäre, die den Teilnehmern aus aller Welt das Gefühl gibt, willkommene Gäste zu sein, ist schon etwas schwieriger zu erfüllen. In der Realität, meine ich, ist diese Voraussetzung bereits vorhanden. Und die vom Rätomanischen Fernsehen in Auftrag gegebene Umfrage hat klar gezeigt, dass 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung von Graubünden und Davos die Durchführung des WEF in Davos unterstützen. Auch mit den nötigen Sicherheitsmassnahmen. Auch der Grosse Landrat von Davos hat sich eindeutig und klar ausgesprochen und dasselbe hoffe ich, wird heute auch der Grosse Rat tun. Gegen die Ablehnung des WEF mit den leider nötigen Sicherheitsauflagen haben vor allem die Bündner Sozialdemokraten politisiert. Die Meinung der SP, das ist auch eine altbekannte Tatsache, wird von der Mediengruppe der Südschweiz stark, ich möchte sagen, überproportional gewichtet und verbreitet. Man gewinnt dabei den völlig falschen Eindruck, und das dürfte auch bei Herrn Schwab der Fall gewesen sein, dass die Rechte und Bedeutung jener Leute, welche unter Anwendung von Gewalt ihre Abneigung gegen die Globalisierung und gegen die Weltpolitik vor laufender Kamera zum Besten zu geben versuchen, in Graubünden gleich gewichtet würde, wie das verfassungsmässige Recht und die Bedeutung der Abhaltung einer öffentlichen Versammlung wie das WEF. Dabei hat niemand Einwände gegen eine friedliche Demonstration, auch nicht gegen das WEF. So wie der ehemalige deutsche Politiker Manfred Rommel sagte, hat jeder das Recht auf seine eigene Meinung. Aber er hat keinen Anspruch darauf, dass andere sie teilen. Und ich möchte noch hinzufügen, auch mit Gewalt nicht. Wenn aber solche Demos nur noch mit Gewalt und Sachbeschädigungen abgehalten werden können, dann ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Sicherheitsverantwortlichen, solche Demos einzuschränken und das verfassungsmässige Recht der Durchführung einer öffentlichen Versammlung zu garantieren und die Teilnehmer vor einer gewalttätigen Minderheit zu schützen. In keinem Fall dürfen wir dem Ansinnen dieser Gewalttätigen entgegenkommen und aus Angst auf die Durchführung des WEF verzichten. Ich unterstütze dabei mit voller Überzeugung die von der Bündner Regierung vorgesehenen Mass-

nahmen und ihrem Bericht. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

Zinsli: Ich werde mich kürzer halten, weil vieles kann ich unterstützen. Denn ich bin sehr der Meinung, dass das WEF für Davos, Graubünden und die Schweiz eine ausgezeichnete Plattform war und werden soll. Auch in Zukunft. Doch die Rahmenbedingungen für die Rückgewinnung dieses Anlasses sind denkbar schlecht. New York wird ein Beispiel abgeben, wie man es machen muss. Man denke nur an die grosse Legitimation nach den Ereignissen vom 11. September, Randalierer und auch Globalisierungsgegner in Schach zu halten. New York wird auch keine Forderung an das WEF stellen, wie das wir tun. Ein anderes Problem ist, Grossrätin Christ hat es angetönt, dass der Hauptinteressent für diesen Kongress, mindestens Teile davon, den nachhaltigen Nutzen nicht sieht. Die Davoser müssen eindeutig und klar dahinter stehen und bereit sein, auch allfällige Konsequenzen, die bei der Durchführung entstehen, zu tragen. Dasselbe gilt natürlich auch für den Kanton Graubünden. Zu den Auflagen im Bericht oder den Rahmenbedingungen der Regierung. Die Regierung stellt zwar im Bericht die Bedeutung des WEF heraus. Gleichzeitig setzt sie die Rahmenbedingung, die eine Durchführung meines Erachtens fast verunmöglichen. Die Durchführungskosten werden zu einem Joker hochstilisiert. Mir wäre es lieber, man würde von volkswirtschaftlich verträglichen Kosten und nicht von deren Höhe sprechen. Wir müssen abwägen, was das WEF uns bringt und welche Kosten dafür verantwortet werden können. Ich hoffe, dass der Bericht Bieger darüber Aufschluss geben wird. Es ist klar, dass die finanzielle Schallgrenze für den Kanton irgendwo erreicht ist. Wenn aber die Regierung auf Seite 313 davon ausgeht, dass das WEF, abgesehen von den Sicherheitskosten, für Graubünden wirtschaftlich neutral sei, muss dahinter heute noch ein grosses Fragezeichen gesetzt werden. Die Auflagen sind meines Erachtens in diese Richtung zu korrigieren. Die Rahmenbedingungen des Berichtes sehen vor, dass der Veranstalter, das WEF und die Landschaft Davos Rücksicht auf die sicherheitsrelevanten Aspekte zu nehmen haben. Ferner: Das WEF müsse sich an den Kosten der öffentlichen Sicherheit etc. beteiligen, wird laufend gefordert. Die Rahmenbedingungen für die Globalisierungsgegner sind, die Gesprächsbereitschaft wird von ihnen gefordert und man höre auch, sie sollen ein speziell für sie gedachtes Begegnungsforum erhalten, wohlverstanden ohne finanzielle Verpflichtung, zu unterstützen. Dass sie sich jedoch von jeglicher Art der Gewalt distanzieren sollen, um überhaupt ein Partner für solche Plattformen zu werden, scheint kein Thema zu sein. Und dafür will die Vorberatungskommission noch eine Million Franken sprechen. Dies erachte ich als Verschwendung von Steuergeldern und ist meines Erachtens im heutigen Zeitpunkt abzulehnen. Wir aber, und auch die Regierung, müssen uns klar und eindeutig nicht blauäugig hinter das WEF stellen. Wir wollen das WEF und setzen uns dafür ein. Wir wollen die Versammlungsfreiheit und die Meinungsäusserung gewährleisten, Personen schützen und Sachbeschädigung verhindern. Anti-WEF- und Globalisierungsorganisationen, die sich nicht eindeutig und klar von der Gewalt distanzieren, erhalten keine Plattform, weder in Davos noch in Graubünden. Und in diesem Sinne, meine ich, sind die Rahmenbedingungen unvollständig.

Casanova: Zuerst möchte ich Grossrat Zindel für sein Votum danken und ich nehme an, dass das eine Fraktionsmeinung der SP ist. Der ganz grosse Vorteil der heutigen Debatte be-

steht darin, dass wir ohne den vorher bestandenen Druck über das WEF sprechen können. Dennoch, Ernüchterung hat sich breit gemacht. Graubünden und die Schweiz haben sich von einigen wenigen Chaoten in die Knie zwingen lassen. Wenn ein solches auf Destruktion und Zerstörung ausgerichtetes Gebaren Schule macht, dann gnade uns Gott. Entweder haben wir den Mut, uns diesen Staats zersetzenden Elementen entgegen zu stellen oder wir danken ab. Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich finde es wichtig und richtig, wenn Graubünden seine Gastgeberrolle offen interpretiert. Bezogen auf das WEF, oder viel mehr auf den Januar in Davos, sollen alle, die sich kritisch mit Problemen unserer Zeit beschäftigen, aus welchem Blickwinkel sie dies auch immer reflektieren, in Davos ein Forum vorfinden können. Ich begrüsse deshalb den innovativen Vorschlag der Vorberatungskommission ausdrücklich und vorbehaltlos. Wir erreichen damit eine Entkoppelung von Geld und Inhalt in dem Sinne, das NGO's unterstützt werden, aber dennoch frei von vielleicht nur vermeintlichen Zwängen, ihre Anliegen auf einem internationalen Parkett vortragen zu können. Auch eine Kundgebung sollte in Davos, wenn immer möglich, bewilligt werden. Ich wehre mich aber dagegen, dass militante, gesprächsverweigernde und gewaltbereite Kräfte einen Anlass wie das WEF missbrauchen. Nicht tolerierbar sind auch Gruppen, die im Kielwasser dieser reaktionären Elemente mitschwimmen, ohne sich konkret gegen Aussen davon abzugrenzen. Der Rechtsstaat darf durch das Ausleben von persönlichen Gewaltinteressen nicht pervertiert werden. Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit der Mehrheit nicht mehr gewährleistet werden kann. Wir haben heute eine Chance, ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen für ein Miteinander, indem wir eine Basis für den Standort Davos und Graubünden setzen. Die Erwartungen aller Beteiligten an uns sind zu Recht hoch. Ich bin überzeugt, in Verantwortung gegenüber unserer Bevölkerung und unseren in langer Zeit erarbeiteten Freiheitsrechten, dass wir für alle, an einem Dialog und einer fairen Auseinandersetzung interessierten Gruppen, ein Partner sein können. In Davos hat es für die unterschiedlichsten Interessenvertreter Platz. Es hat aber keinen Platz für Chaoten, deren einziges Ziel Obstruktion, Zerstörung und Gewalt ist. Gegen Radikale, die letztendlich mittelbar unsere Demokratie angreifen, muss mit aller Härte vorgegangen werden. Wir dürfen nicht erpressbar werden. Dies wären wir aber, wenn wir vor den wenigen kapitulieren würden. Und hier noch ein Wort zu den Kosten. Die Kosten, die entstehen, die wurden verursacht und gesetzt durch die Chaoten. Erst seit zwei Jahren oder seit einem Jahr haben wir derart immense Kosten. Und hier möchte ich, das zu Händen von Grossrat Schmutz, an das Verursacherprinzip appellieren. Das steht bei der SP ja so weit vorne. Nach dem Verursacherprinzip müssten wir diese Kosten den Chaoten überbinden. Und vielleicht noch zu Grossrat Zinsli, auch im Zusammenhang mit den Kosten. Wir müssen uns überlegen, was uns der Rechtsstaat Wert ist? Und da meine ich, der Rechtsstaat muss uns viel Wert sein, und darum müssen wir heute nicht über die Kosten diskutieren. Diese Kosten fallen an und wenn wir wollen, dass der Rechtsstaat durchgesetzt wird, dann müssen wir mit diesen Kosten leben. Graubünden hat die grosse Chance auch in Zukunft ein mit weltweitem Echo verbundenes Treffen zu beherbergen. Diese Chance dürfen wir nicht ohne Not an uns vorbeigehen lassen.

Hess: Ich spreche als friedliebender Realist und möchte vor allem an die Voten von Grossrat Pfenninger, aber auch von Grossrat Zindel und Grossrat Schmutz, anknüpfen. Ich höre

die Botschaft der SP eigentlich mit Freude, dass man den Dialog will. Nur, der Dialog wird natürlich nur ermöglicht, wenn die Gewaltfreiheit auch da ist. Wenn wir den Dialog wollen, dann braucht es jemanden, der als Katalysator, als Vermittler wirken kann. Und ich bin der Meinung, dass diese Aufgabe nicht einfach an den Krisenmanager delegiert werden kann, denn der Krisenmanager ist ein Teil des Establishments. Und diejenigen Organisationen, die die Bewilligung um Demonstration ersuchten, sprechen ja nicht mit dem Establishment. Und hier denke ich, hat die SP eine ganz wichtige Rolle einzunehmen, nämlich diejenige der Vermittlerin. Nur sie kann Gesprächspartnerin für die Organisationen sein. Ich glaube, die SP ist hier in der Pflicht.

Arquint: Die SP ist verschiedentlich angesprochen worden. Grossrat Casanova hat mit einem Zückerchen begonnen, um dann anschliessend ein ganzes Arsenal an populistischen Unterstellungen auszubreiten, welche die SP insofern betreffen, als sie versucht gerade in diesen Kreisen Grundrechte durchzusetzen. Und dies aber auch bei den Verantwortlichen der Organisation. Ich würde vorschlagen, dass Grossrat Casanova vielleicht sich einmal mit Walter Zegg im Samnaun trifft. Dann können sie ihre Meinung, was die SP vertritt, aufeinander abstimmen und wir sind froh, wenn wir sie dann in einer Variante zu hören bekommen. Was mich bis jetzt an dieser langen Diskussion doch etwas frustriert hat ist, dass wir rückwärts blickend versuchen, die Zukunft zu bewältigen. Wir haben in verschiedensten Voten die gleichen Argumente gehört. Sie beschränken sich auf Sicherheitsfragen, auf Fragen der Führung, auf finanzielle Fragen. Das, Grossrat Portner, sind für mich nicht die strategischen Fragen. Ich muss, wenn ich jetzt meine Ausführungen mache, nachher nicht auf die beiden Punkte, die ich anvisiere, noch einmal eintreten. Es hat sich eine neue Situation ergeben, die uns eigentlich dazu führen sollte, dass wir nicht Symptombekämpfung machen, sondern Ursachen suchen und aus den Ursachen neue Perspektiven entwickeln. Da sehe ich den Spirit von Davos. Ich sehe den Spirit von Davos in erster Linie nicht in finanzhaushälterischen Fragen oder in Sicherheitsfragen wo dann, kaum erwähnt man das, der Sicherheitsgeist aus der Flasche springt. Wir müssen uns fragen, wie wir in Davos, dank diesem Time Out, einen Anlass mit einer solchen Reputation und Bedeutung so durchführen können, dass diese erfolgten Ausschreitungen und Polarisierungen abgeschwächt und gedämpft werden? Und der Spirit von Davos wäre für mich nicht der, dass man jetzt einfach das WEF einmal in New York lässt und im nächsten Jahr nach den gleichen Prinzipien wieder in Davos durchführt. Ich denke nicht, dass es richtig ist, wie Walter Zegg, einfach auf die Bedingungen von Herrn Schwab einzugehen und diese zu zitieren und dann jawohl sagen. Das ist genau nicht die Gastgeberrolle, sondern das ist die Zudienerrolle, die wir spielen. Und da hat die Regierung und die Kommission ganz recht, wenn sie einen neuen Eckpfeiler einschlägt indem sie sagt, diese Veranstaltung müsse vom Bund und Kantonen zusammen mit dem WEF und nicht staatlichen Organisationen neu konzipiert und getragen werden. Es ist ein Anlass, der in Zukunft nicht mehr ein privat getragener und vom Bund und den Kantonen, mit sicherheitspolitischen Mitteln, mit zu verantwortender Anlass sein darf. Die breite Trägerschaft und die aktive Rolle, die die Politik einnehmen soll, ist zu unterstreichen und ich bin froh, dass die Kommission und die Regierung in diese Richtung gehen. Nun, ich habe wenig gehört hier im Rat, was dieser Spirit ist? Ist das der Spirit von Herrn Schwab oder ist es der Spirit der bisherigen WEF-

Veranstaltungen? Dann könnten wir sagen, dass zum Teil da einiges vorgespurt worden ist. Zum Teil wurde Davos aus dem Image des E-Economics heraus genommen und diente als Begegnungsplattform, als Auftritt von Persönlichkeiten aus der Politik, bspw. für Vermittlungsbemühungen zwischen Israel und Palästina. Es fanden immer wieder weltpolitisch wichtige Begegnungen in diesem Ort statt. Und deshalb meine Idee, dass der Spirit sich eigentlich auf das E konzentrieren müsste. Nicht im Sinne von Grossrat Jeker. Das ist ein PR-Gag einer Spassgesellschaft, wenn wir sagen, WEF World Event Forum. Event ja, das mag sein. Aber ich denke, politisch müssen wir über die Idee der Spassgesellschaft hinauskommen und überlegen, wie wir dieses E in Richtung P Peace, World Peace Forum entwickeln könnten. Wie könnten wir dieses Economic, das ja verantwortlich ist für diese Polarisierung und für dieses Kaninchen-Schlange-Verhalten von Globalisierungsgegnern und Globalisierungsbefürwortern formen? Wie könnten wir dieses Economic, dank der neuen Trägerschaft, in einen Dienst der aussenpolitischen Tätigkeit der Schweiz und unseres Kantons stellen? Eine Tradition, die Wurzeln hat und auf die wir mit Stolz zurückblicken können? Die humanitäre und vermittelnde Position haben wir eingenommen. Leider wurde Bonn diese Woche uns vorgezogen. Aber ein Nachdenken über eine Neuausrichtung des WEF, weg von dieser polarisierten Economic-fixierten Weise auf Frieden, das denke ich, müsste mindestens so gewichtig sein. Das wäre eine strategische Überlegung, die wir hier machen könnten. Und auch dazu sind die Ausführungen in der Ziffer, die über die Inhalte redet, etwas zu vage. Ich denke aber, dass die Regierung diesen Anstoss aufnimmt. Dies ist aber nicht meine Erfindung. Sie haben es vielleicht in der Neuen Zürcher Zeitung gelesen, vielleicht auch in der Bündner Presse. Alt-Nationalrat Martin Bundi hat diese Idee der friedenspolitischen Ausrichtung des WEF propagiert und zur Diskussion gebracht und ich denke, es wäre wichtig, diese Linie in den Spirit von Davos einzubauen, so dass im 2003 die inhaltliche Ausrichtung des WEF neu wäre. Ich finde es übrigens schade, und da muss die Präsidentenkonferenz das auf ihre Kappe nehmen, dass wir die Diskussion über diesen Bericht mit der Polizeiverordnung gekoppelt haben und nicht, wie die Regierung es wollte, getrennt vorgebracht haben. Ich würde es auch begrüssen, wenn in Zukunft – Grossrat Cavigelli hat von der Führungsrolle von Klaus Huber geredet - die Budgetrubrik WEF nicht im Bereich Polizei angesiedelt wäre, sondern im Bereich Volkswirtschaft und damit eben eine ganz andere inhaltliche Ausrichtung und ein Gewicht bekommen würde. Ich schliesse mit einem Zitat aus diesen Ausführungen, die Martin Bundi gemacht hat: "Das World Peace Forum könnte zu konkreten Lösungsvorschlägen führen. In der Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens wären alle relevanten Kräfte eingebunden. Es gäbe kaum mehr Gründe gegen eine solche Veranstaltung zu demonstrieren. Der Aufwand für Sicherheit liesse sich reduzieren. Die bisherigen Erfahrungen in der Durchführung eines Weltforums könnten für die neue Plattform weiter genutzt werden und damit könnte sich ein neuer Geist von Davos entwickeln."

Regierungsrat Huber: Ich gehe mit Ihnen und Sie sicher mit mir einig, dass sich die Umstände verändert haben, seit wir diesen Bericht hier verfasst haben. Es ist ja in diesem Sommer sehr viel passiert. Es sind Anlässe "ähnlicher Art" über die Bühne gegangen: Goetheborg, Salzburg und Genua. Und dann ist New York passiert, es ist das mit der Swissair passiert und letztlich ist auch das World Economic Forum Da-

vos 2002 nach New York verschoben worden. Das sind Umstände, die mitgewirkt haben. Davon darf ich ausgehen. Auch bei der Diskussion um diesen Anlass. Ich gehe also davon aus, dass sich die Bevölkerung anders über diesen Anlass äussert als vor der Verschiebung. Auch hier im Parlament und sicher auch beim Bund. Sie sind mit mir einverstanden, wenn ich den retrospektiven Teil nicht mehr sehr aufwendig bearbeite. Dieser steht im Bericht. Sie haben sich dazu geäussert. Ich versuche hier zusätzlich einige Überlegungen seitens des WEF-Ausschusses und der Regierung zu machen. Sehen sie, das World Economic Forum ist, das muss man immer wieder betonen, eine private Unternehmung in Form einer Stiftung, welche international tätig ist. Es ist nicht, das hat jemand gesagt, eine internationale Organisation im Sinne einer öffentlich-rechtlichen internationalen Organisation oder eine Vereinigung von Staaten. Aber es ist eine international tätige Unternehmung mit sehr starkem und in den letzten Jahren immer zunehmend öffentlichem Interesse. Sie ist in Davos gewachsen, ist dort verwurzelt und hat den Grundstein für den Kongress-Tourismus in Davos, in Graubünden gelegt und wirkte über all die Jahre als kräftiger Motor. Das WEF ist mit dem Einbezug von Politikern zunehmend eben immer stärker ins öffentliche Interesse gerückt. Und dort treffen sich, das WEF hat sich ja auch verändert, auch Führungskräfte aus sehr kritischen NGO's. Dies im Rahmen des Forums und im Rahmen der verschiedenen Plattformen, die dieses Forum anbietet. Dort treffen sich auch Kulturträger mit Unternehmern und NGO's und es treten UNO-Vertreter auf. Politiker aus Entwicklungsländern erhalten dort und in den Medien auch gewichtige Stimmen. Die Medien sind also auch dabei. Es sind aber eben akkreditierte Medien und es sind eben nicht alle Medien im Hause. Die Wahrnehmung über diesen Anlass ist bei uns deshalb auch eine völlig andere als weltweit. Das zeigen auch erste Auswertungen der Arbeiten, die Professor Bieger gerade in diesem Umfeld macht. Ich habe selbst Anlässe besucht. Das ist ein Privileg der Bündner Regierung. Wir haben auch Zutritt zu Anlässen. Und ich war, ich betone das, beeindruckt von der Härte der Auseinandersetzungen zwischen Führern von Unternehmungen und Leuten aus NGO's und Entwicklungsländern. Und zwar nicht abseits im stillen Kämmerlein, sondern vor vollem Saal und mit Beteiligung. Ich habe gesagt, dass dieses World Economic Forum in Davos verwurzelt wäre. Es ist aber nicht auf Gedeih und Verderb mit Davos verbunden. Das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen. Es sind sehr viele Orte, die sich um diesen Anlass bewerben. Die Tendenz ist zunehmend und zwar rund um die Welt. Wir stehen hier somit in einem Wettbewerb um diesen Anlass. Das World Economic Forum selbst beschäftigt rund 160 Mitarbeiter in Genf und rund um den Globus. Es handelt sich um Mitarbeiter aus allen Nationen. Das Haupttreffen, das Annual-Meeting, wird in Davos veranstaltet. Daneben aber werden etwa zehn Anlässe auch rund um die Welt durchgeführt. Die Regierung will, zusammen mit dem Bund und Davos, die Bedingungen herstellen, dass dieser Standort Davos möglich bleibt, und zwar nicht für ein zusätzliches Treffen, sondern nachhaltig möglich bleibt. Dafür sind Bedingungen zu erfüllen. Es geht um die Sicherheit und um die ganze Problematik, diese Sicherheit zu organisieren. Grossrat Augustin hat sich gestern auch dazu geäussert. Regierungsrat Engler wird zu diesem Bereich noch etwas sagen. Es geht auch um die Kosten. Da müssen wir uns nichts vormachen. Die einen markieren zwar noch deutlich, dass es zu viel sei, andere bagatellisieren sie schon fast. Es geht um die Frage, wer sie bezahlt. Wir stellen fest, dass hier seit dem vergangenen Jahr

auch die Bundesbehörden in dieser Beziehung lockerer geworden sind. Es geht, meine Damen und Herren, um die Akzeptanz in der Region. Es geht bei uns um die Akzeptanz in dieser Region, in Davos selbst, im Prättigau und auch hinten im Albulatal. Überall, wo man davon betroffen ist. Wir wollen dieses WEF in Davos. Und, ich habe es gesagt, weil - und wenn ich Aufzählungen mache, dann ist das nicht wertend - eben dieses WEF ein Motor für den Kongresstourismus und für Davos und Graubünden ist. Und wir möchten eigentlich zeigen, dass wir auch in Zukunft Kongresse durchführen können und dass wir hier die Gastgeberrolle einnehmen können und dass Kongresse in Graubünden friedlich abgehalten werden können. Und dies in einer möglichst offenen Art und Weise. Das WEF ist ein Wirtschaftsfaktor. Die Arbeit von Professor Bieger wird dazu zusätzliche Informationen bringen. Und wenn Grossrat Zinsli Seite 313 im gelben Bereich zitiert, dann haben das Herr Arbenz und seine Arbeitsgruppe zu verantworten. Das sind nicht Aussagen der Regierung. Dazu können wir uns noch nicht in abschliessender Form äussern. Wir wollen dieses WEF, weil Davos und Graubünden und die Schweiz eigentlich ein internationales Treffen ermöglichen müssen. Auch in Zukunft. Es muss doch möglich sein, das wurde wiederholt gesagt, in unserem Land ein solches Treffen durchführen zu können. Ein Treffen, das Fragen der Weltwirtschaft, der Kultur, der Umwelt und auch soziale Spannungen sowie Nord-/Südfragen aber auch neue Technologien beinhaltet. Es sind alles Fragen, die auch mit Globalisierung in Zusammenhang stehen. Das WEF, wie gesagt, soll stattfinden können. So wie auch andere Kongresse bei uns. Sicher für die Teilnehmer, sicher für die Gäste und sicher für die Bevölkerung. Damit das möglich ist oder wieder wird, müssen Bedingungen erfüllt sein. Ich nenne hier einige, ohne vollständig zu sein. Wir haben sie zum Teil im Bericht aufgenommen. Das WEF selbst, nebst den Inhalten, die sich ja dauernd immer verändern, muss besser wahrgenommen werden. Nicht nur selektiv. Die Kommunikation muss verbessert und ergänzt werden und zwar mit all denjenigen, die nicht teilnehmen können oder nicht zu den Auserlesenen gehören. Es muss auch bei uns transparenter werden. Was eigentlich dort verhandelt wird und was dort auch an kritischen Bemerkungen fällt, muss für all diejenigen, die dort nicht Zutritt erhalten und auch für alle Medien, die dort nicht akkreditiert werden sowie für Kritiker und für die Bevölkerung, zugänglich sein. Da herrscht ein Manko. Kritische Stimmen zu globalen Abläufen müssen wahrnehmbar sein. Auch solche, die nicht, ich sage das ganz deutlich, die nicht mit dem WEF reden wollen. Das gibt es auch. Das heisst aber nicht, dass wir einfach dieses WEF ändern können. Es ist eine Unternehmung, eine Plattform, die sich für sich selbst in Anspruch nimmt, diese Themen aufzuarbeiten. Und ich denke, dass es wenig effektiv wäre, wenn wir mit unserem Ansatz in erster Linie dieses WEF verändern wollen. Wir müssen unsere Kräfte dort einsetzen, wo wir diesen Spirit angesiedelt haben, um vielleicht ein neues Forum entstehen zu lassen. Vielleicht heisst es einmal Weltfriedensforum. Der Arbeitstitel lautet jetzt Spirit of Davos. Vielleicht hat diese Plattform, die ohne eigene Themen und Positionen vorerst verfügbar gemacht werden sollte, unter dem Titel Spirit die Möglichkeit, sich selbst dann auch inhaltlich zu positionieren. Vorerst wird an eine Plattform gedacht, die Spielregeln aufsetzt und Möglichkeiten des gegenseitigen Zuhörens schafft und das aufeinander Zugehen ohne Identitätsaufgabe ermöglicht. All dies wird unter der Idee Spirit einmal subsumiert. Sie nimmt Strukturen an. Aber es ist nicht einfach. Kanton, Bund und das World Economic Fo-

rum selbst wollen sich engagieren und andere mit einbeziehen. Wir sind hier sehr offen. Wir sind froh, dass sich die Kommission hier auch materiell ausdrückt und sagt, der Kanton solle dafür Mittel zur Verfügung stellen können. Als diese Idee entstanden ist, im Laufe dieses Sommers, hatten wir immer noch zu kämpfen mit Aufwendungen und Fragen zu Nachtragskrediten und so weiter. Und wir waren eigentlich froh, dass Herr Professor Schwab hier erste Mittel verfügbar gemacht hat, ohne, ich betone das, ohne selbst auf diesen Prozess Einfluss nehmen zu wollen. Er hat auch gesagt, dass es für ihn nicht ein Nebenschauplatz sei. Und wenn etwas Neues entstehe, dann unterstütze er dies und stelle auch Mittel zur Verfügung. Aber das andere hat uns beim Aufbau dieses Spirit of Davos Schwierigkeiten bereitet. An dem ist Herr Arbenz zwar nicht gescheitert. Aber das hat dazu geführt, Grossrätin Noi, dass wir im Verlaufe dieses Sommers nicht die Möglichkeit hatten, in dieser nicht ganz einfachen Zeit bereits konkrete Strukturen zu finden. Es haben, das muss ich Grossrat Cavigelli sagen, auch Gespräche mit NGO's stattgefunden. Aber eben nicht mit allen. Die Vielfalt ist enorm auf diesem Gebiet. Es ist zuzugeben, dass der neue Spirit of Davos noch bei Weitem nicht dort ist, wo er sein sollte. Wir sind gefordert, noch ganz deutliche Schritte zu machen. Und wir sind auch darauf angewiesen, dass man hier mitmacht. Und wir werden auch Leute beiziehen, Frau Noi, die psychologische Kenntnisse haben und die Kenntnisse auch im Umgang mit anderen und mit Minderheiten haben. Es hat sich einiges getan in dieser Richtung. Aber wir sind, das ist zuzugeben, noch nicht dort, wo wir eigentlich sein wollten. Eine weitere Bedingung ist die Sicherheit in Davos und in der Region. Ich sage ganz deutlich für alle. Für die Bevölkerung, die Gäste, die WEF-Teilnehmer und die Leute mit anderer Meinung. Dies muss gewährleistet sein. Und da müssen wir uns nichts vormachen. Der Aufwand wird gross sein, auch wenn das WEF 2002 jetzt nicht in Davos stattfindet. Der Aufwand 2003 wird gross sein. Und unsere Strukturen, auf die wird Regierungsrat Engler noch eingehen, sind nicht ganz einfach, um solches zu organisieren. Aber eben, dieses WEF ist mehr, als nur ein guter und sicherer Polizeieinsatz. Es beinhaltet eben ein Umfeld, das wesentlich schwieriger ist. Bis zu Jahresende, und das sind Facts, müssen wir zwei Bereiche dieser anspruchsvollen Aufgabe nicht erfüllen, aber deutliche Aussagen dazu machen können. Grossrat Cavigelli hat uns hier den Ball zugespielt und fordert eine offensive Führung in der Krise mit harter Hand. Das wäre durchaus reizvoll, wenn das so einfach möglich wäre. Aber dieser Prozess ist nicht ganz so einfach. Und den Krisenmanager, den übernehme ich nicht so gerne. Ich sage dazu noch etwas. Wir haben aber diesen Ball, so meine ich, nach dem letzten WEF aufgenommen. Wir haben den WEF-Ausschuss im Februar gegründet. Und wir haben dieses Projekt durch diesen Sommer - ein Sommer, der nicht ganz frei von Krisen war - geführt. Und die Ergebnisse sind, wenn man sie am Standort misst, wo dieses WEF jetzt durchgeführt wird, unbefriedigend. Die Arbeit war darauf ausgerichtet, das WEF 2002 in Davos durchzuführen. Das findet nicht statt. Und sie können sagen: Auftrag nicht erfüllt. Aber wie gesagt, dieser Entscheid beinhaltet ja auch Chancen. Und nun zu den Akteuren, die hier miteinzubeziehen sind. Deshalb ist der Prozess nicht ganz so einfach. Es ist eher eine Netzwerkaufgabe, die wir hier haben. Nicht ich alleine, sondern dieser WEF-Ausschuss. Zu diesen Akteuren gehören Kantone, Städte und ihre Polizeikorps sowie der Bund. Der Bund, der schon länger eigentlich Mittel in Form von Personen und Helikopter verfügbar macht, sich jedoch

standhaft geweigert hat, bis vor 1 ½ Jahren an den Kosten überhaupt zu partizipieren. Das zur Ausgangslage. Der Bund wurde in dieser Hinsicht seit der Verschiebung nach New York einiges lockerer. Es ist uns ja auch gelungen, bereits auf die Vorlage 2002 die Formel drei Achtel Kanton, drei Achtel Bund, ein Achtel WEF und ein Achtel Davos zu finden. Aber der Weg dazu war nicht in erster Linie eine Führungsfrage, sondern eine Verhandlungsthematik. Zu den Akteuren gehört eine autonome Landschaft Davos, im Sinne einer autonomen Bündner Gemeinde, die Wesentliches dazu zu sagen hat. Zu den Rahmenbedingungen gehört das World Economic Forum selbst. Ein Unternehmen, das Professor Schwab führt. Aber ein Unternehmen mit einem Stiftungsrat, der international verankert ist. Es sind meines Wissens nur etwa 10 Prozent der Mitglieder des Stiftungsrates aus der Schweiz. Die anderen sind Leute aus der ganzen Welt. Und es ist ein Unternehmen, das weiss was es will, und das macht die Geschichte zwar nicht immer ganz einfach, jedoch mit einem klaren Bekenntnis zu Davos. Zu den finanziellen Ressourcen wurde vieles gesagt. Wir stellen fest, ich wiederhole das, dass der Bund hier etwas offener geworden ist, obwohl seine Nachtragskredite meines Wissens noch nicht bewilligt wurden. Zu den Akteuren gehören auch die kritischen NGO's. Auch hier wird eigentlich geschicktes Verhandeln verlangt. Es handelt sich um eine Vielfalt von Bewegungen mit den unterschiedlichsten Zielsetzungen. Zudem sind diese nicht hierarchisch aufgebaut. Ich nehme ein Beispiel: Der Präsident des Greenpeace International nimmt als Teilnehmer im World Economic Forum teil. Der war schon mehrmals dort und hat Plattformen erhalten. Seine Mitglieder aber möchten trotzdem demonstrieren. Da hat es also Gesprächsbereite, solche die keine Gespräche wollen, solche die das WEF nicht wollen und diejenigen, die das WEF abschaffen wollen sowie solche, die das WEF brauchen, um dagegen sein zu können. Das Spektrum ist also sehr sehr vielfältig und wir möchten mindestens Teile von ihnen in die Plattform Spirit mit einbeziehen. Das ist aber eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Ein letzter Punkt vielleicht noch, es gäbe noch mehrere, aber einer ist hier vielleicht noch erwähnenswert, nämlich das Fassungsvermögen. Man hat mich schon ausgelacht, weil ich das zitiert habe. Das Fassungsvermögen von Davos, das ist irgend wo begrenzt. Nicht alle Ideen lassen sich gleichzeitig in Davos und im Kongresshaus verwirklichen - das wäre auch bei einer Olympiade nicht so - und das wird auch in Zukunft so sein. Wie immer wir das organisieren, es ist eine nicht ganz einfache Aufgabe. Der WEF-Ausschuss ist bemüht und wir hatten intensive Sitzungen dazu. Meistens über die Mittagszeit, weil sonst die Termine fehlten. Ich komme mir vor, wie das Bundesrat Leuenberger einmal bei den bilateralen Verhandlungen gesagt hat, dass wir da ab und zu vor der Kubatur der Kugel stehen. Das ist so. Oder wenn Sie die Führung in der Krise noch einmal nehmen. Ich habe einmal vor längerer Zeit an einem Seminar über Führung teilgenommen und da ist das „Mittendrin und voll daneben“ zitiert worden. So bin ich mir in dieser Geschichte auch schon vorgekommen. Nun, ich stelle fest, auch Sie hier im Saal: Wir wollen dieses WEF zurück nach Davos. Wir wollen eine nachhaltige Lösung. Eine Lösung, ohne Davos einzubunkern. Das Einbunkern ist keine nachhaltige Lösung. Mindestens nicht bei uns hier in Graubünden, in der Schweiz. Und deshalb lassen sich auch keine Methoden wie in New York - wie immer die aussehen, Grossrat Zinsli - in Davos nicht realisieren. Wir müssen einen anderen Weg gehen. Einen schwierigeren Weg. Und den sind wir bereit zu gehen und dafür auch die ersten Voraussetzungen bis Ende

Jahr zu schaffen. Ich meine, dass die Chancen, dass das Annual-Meeting des WEF nach Davos zurückkehrt, im Moment etwa bei 50 : 50 liegen. Wir werden alles daran setzen, das Verhältnis zu verbessern. Ich freue mich über die gute Aufnahme des Berichtes in Kommission und hier im Rat. Mit ihrer Unterstützung helfen sie uns, diese Aufgabe zu lösen. Sie entschuldigen, wenn ich jetzt nicht auf alle Voten eingehe. Ich stelle aber fest, dass man grundsätzlich mit dem Bericht einverstanden ist und dass die Kommission, mit Nuancen, zusätzliche Anträge zu den Vorgaben der Regierung macht. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Regierung diese akzeptiert und freue mich auf die Detailberatung.

Regierungsrat Engler: Regierungsrat Huber hat mir den Ball zugeworfen und ich möchte zwei oder drei Überlegungen zur Rolle der Sicherheit und damit auch zur Rolle der Polizei machen. Und dann auch die Frage beantworten, mit welchen Strukturen diese Sicherheit in Zukunft überhaupt gewährleistet werden kann. Im demokratischen Rechtsstaat, so wie ich ihn verstehe, gilt das Primat der Politik. Und es ist die Politik, die bestimmt, wieviel Sicherheit notwendig ist, um die völkerrechtlichen Schutzverpflichtungen einerseits zu erfüllen und andererseits möglichst allen die Ausübung der Freiheitsrechte zu gewährleisten. Und somit gilt es, man könnte das vielleicht umschreiben mit der Maxime oder mit der Forderung an die Politik, mit so wenig Einschränkung wie möglich so viel Freiheit wie möglich zu gewährleisten. Und hier beginnt die schwierige Aufgabe der Politik, zuerst eine Lagebeurteilung vorzunehmen. Eine Lagebeurteilung, die vom Gesamtinteresse auszugehen hat und natürlich auch die sicherheitspolitischen Überlegungen mit einbeziehen muss. Es ist dann auch Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen zu definieren und zwar unter Abwägung aller bekannten und noch unbekanntem Risiken und Bedrohungsformen. Diese Risiko- und Bedrohungsformen müssen erkennbar gemacht werden und sie müssen gewürdigt und gewichtet werden, um eine seriöse Lagebeurteilung überhaupt vornehmen zu können. Und erst in Kenntnis einer solchen Lagebeurteilung, wo eben auch die Risiken bekannt sein müssen, die man bereit ist, in Kauf zu nehmen, leitet sich der Auftrag an die Sicherheit und an die Polizei ab. Die haben dann wiederum die entsprechenden Massnahmen zu erarbeiten. Wir sprechen hier also mit Recht nicht über Polizeitaktik und Sicherheitsdispositive. Da wäre der Grosse Rat mit Bestimmtheit das falsche Gremium, wollte es sich da in Diskussionen über die richtige oder falsche Polizeitaktik und Sicherheitsdispositive einlassen. Aufgrund des Auftrages der Politik ist es die Aufgabe der Sicherheitsleute, diese Massnahmen zu umschreiben sowie die nötigen Ressourcen, die notwendig sind, bereitzustellen. Und hier geht es um Geld und um Personal, d.h. um Polizeikräfte. Und da haben wir natürlich feststellen müssen, dass der Kanton Graubünden auch in Zukunft, das war in der Vergangenheit nicht der Fall, nicht in der Lage sein wird, diese Ressourcen aus eigener Kraft zur Verfügung zu stellen. Und hier ist ein hoher Koordinationsbedarf mit dem Bund und mit den Kantonen notwendig. Ich bin aber mit der Auffassung von Grossrat Augustin nicht einverstanden, nämlich dass das Beispiel WEF nun das Paradebeispiel dafür sei, dass es eine Bundessicherheitspolizei brauche, um solche Anlässe überhaupt durchführen zu können bzw. um die Sicherheit für solche Anlässe überhaupt gewährleisten zu können. Ich glaube, es gibt schon eine Alternative dazu. Die Alternative dazu ist die föderalistische Solidarität unter den Kantonen in diesem Land. Und sollte es so sein, da hat Grossrat Augustin zweifelsfrei wieder recht, dass die erfor-

derlichen Kräfte anzahlmässig fehlen, ziehe ich eine Lösung, bei welcher die Kantonspolizeikorps verstärkt werden, einem stehenden Heer von Bundespolizisten vor. Wenn hier also eine Lücke vorhanden ist, um solche Sicherheitsbedürfnisse abzudecken, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit dem WEF, sondern auch mit anderen nationalen Veranstaltungen und Ereignissen - ich denke an die Bewachungsaufgaben von Botschaften oder auch an andere Krisensituationen, wo eben die Kantone nicht in der Lage sind, aus ihrem eigenem Potential Leute abzustellen - dann glaube ich, dass die Lösung eher darin bestehen muss, diese Lücke so zu füllen, dass der Bund für die Kantone Polizisten ausbildet und sie letztlich bezahlt. Diese Polizisten stehen dann aber in einem kantonalen Polizeikorps und können ereignisbezogen zusammengerufen werden. Und gerade in diesem Bereich finden im Moment, unter der Führung auch von Frau Bundesrätin Metzler, Gespräche mit den Kantonen statt. Ich war selber vor 14 Tagen in der Zentralschweiz, zusammen mit dem Polizeikommandanten. Die Signale, die ich von dort bekommen habe, nämlich diese Solidarität in Zukunft auch leben zu lassen, sind durchaus ermutigend. Was man von uns mit Recht erwartet ist der Auftrag, den wir unseren Sicherheitskräften in diesem Zusammenhang geben. Ich bin

überzeugt, dass die Marschrichtung, die sich nach dem WEF 2001 und jetzt in der Diskussion zum WEF 2002, etwas verändert hat. Dass zuerst von den Inhalten und dann vom Schutz gesprochen wird, ist auch richtig. Und ich bin eigentlich zuversichtlich, zusammen mit dem Bund, auch die anderen Kantone davon überzeugen zu können, dass es sich lohnt, die Veranstaltung des Angel-Meetings des WEF in Davos mit dem neuen Gesicht so zu unterstützen, dass solidarisch die dafür erforderlichen Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmung

Der Rat beschliesst auf die Vorlage einzutreten.

Es sind eingegangen:

- Interpellation Pfenninger betreffend illegale bauliche Eingriffe in Bündner Skigebieten
- Interpellation Schmutz betreffend Übergriffe auf Soldat S. in der Kaserne Chur
- Interpellation Trepp betreffend Graubünden und UNO-Beitritt.

(Schluss der Sitzung: 12.00)

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Rodolfo Plozza

Der Protokollführer: Curdin König